

Texte und Anträge zum Berliner Grundsatzprogramm

SprecherInnen:

- Franziska Drohsel
- Alexander Goetz
- Barbara Loth
- Mark Rackles
- Mechthild Rawert, MdB
- Marc Schulte
- Frank Zimmermann, MdA

Lieber Genosse, Liebe Genossin,

Berlin, April 2007

In einigen Tagen beginnen die Kreisdelegiertenversammlungen zum Thema Grundsatzprogramm. Die Berliner SPD-Linke hat hierzu einige Anregungen erarbeitet, die für die Debatte u.U. von Interesse sein könnten. Wir werden nach Abschluss der Versammlungen Mitte Mai eine Übersicht der wesentlichen Änderungsvorschläge und wichtigsten Debattenbereiche erstellen und an unseren Verteiler versenden.

Aktuell stehen in der Debatte von links folgende Themen im Vordergrund:

- Frieden/ Militär/ Wehrpflicht; insb. Antrag zur Abschaffung der Wehrpflicht
- Europa/ Internationales: u.a. Sozialer Stabilitätspakt, EU-Steuer, Türkeibeitritt
- Grundwerte: Priorität Freiheit im Entwurf und fehlendes Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus; Frage eines stärkeren Bekenntnisses zum Menschen als sozialem Wesen
- ÖPP/ PPP
- Gemeinschaftsschule/ längeres gemeinsames Leben
- Staatsverständnis: insb. Debatte um den Leitbegriff des „vorsorgenden Sozialstaats“
- Arbeitsmarkt: insb. Bekenntnis zum zweiten und dritten Arbeitsmarkt sowie Frage gesetzlicher Mindestlöhne.
- Finanzmärkte: stärkere Schlussfolgerungen aus der sog. „Heuschreckendebatte“

Als Einstieg findet Ihr einen Text, der maßgeblich von unseren SprecherInnen Franziska Drohsel und Alexander Goetz erarbeitet worden ist. Nachfolgend einige Textdokumente und Anträge zu den o.g. Themen.

Ein besondere Hinweis schließlich auf die Programm- und Antragsarbeit einiger Kreuzberger Abteilungen, die in über 90 Anträgen mündeten. Die PDF liegt auf der Website <http://www.spd-linke.de> für Interessierte bereit. Gute Materialien finden sich auch auf der Seite der Parlamentarischen Linken auf Bundesebene (<http://www.parlamentarische-Linke.de>)

Viel Spaß & Erfolg bei der Programmdebatte.

Mit solidarischen Grüßen

Mark Rackles
für den SprecherInnenrat

Stellungnahme der Berliner Linken zum „Bremer Entwurf“

SprecherInnen der BL: Franziska Drohsel, Alexander Götz, Barbara Loth, Mark Rackles, Mechtild Rawert, Marc Schule, Frank Zimmermann

Der „Bremer Entwurf“ hat uns als Berliner Linke weitgehend enttäuscht. Grundlegend kritisieren wir die Geschichtslosigkeit, das Fehlen einer gesellschaftlichen Vision und den Mangel an Veränderungswillen.

Geschichtslos empfinden wir den „Bremer Entwurf“, weil er sozialdemokratische Geschichte nicht nur verkürzt darstellt, sondern in dieser Darstellung den Bruch mit einem zentralen Bestandteil sozialdemokratischen Selbstverständnisses vollzieht. Die Geschichte der Sozialdemokratie war und ist eng verbunden mit der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und ohne diese überhaupt nicht denkbar. Die enge Verbindung zwischen ArbeiterInnenbewegung und Sozialdemokratie kommt im „Bremer Entwurf“ faktisch nicht mehr vor. Stattdessen finden wir diffuse Bezugnahmen auf den christlichen Glauben. Der Ursprung der Sozialdemokratie liegt nicht im christlichen Glauben, sondern in der Überzeugung unserer Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ und daran, dass die Umsetzung der Grundwerte in gesellschaftlichen Konflikten erkämpft werden müssen. Aus diesen Konflikten ist die SPD als Teil der ArbeiterInnenbewegung hervorgegangen und in diesem Selbstverständnis sehen wir die SPD noch immer.

Mangelnden Veränderungswillen und das Fehlen einer gesellschaftlichen Vision machen wir daran fest, dass der „Bremer Entwurf“ verschiedene gesellschaftliche Aspekte auflistet, hier und da auf „Probleme“ hinweist und ebenso unsystematisch Veränderungsbedarf benennt. Zentrale Annahme der Sozialdemokratie war es jedoch immer, Gesellschaft nicht als Ergebnis von Zufälligkeiten zu betrachten, sondern als Ausdruck von gesellschaftlichen Konflikten und Kräfteverhältnissen, von Interessenskonflikten. Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik war die Erkenntnis, dass in der derzeitigen Gesellschaft Machtverhältnisse (Kapital und Arbeit, Patriarchat, Existenz von Rassismus) wirken, die zu Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Diskriminierung führen. Die Sozialdemokratie hat sich in diese gesellschaftlichen Auseinandersetzungen

begeben, in dem sie sich gegebenenfalls auf eine Seite gestellt hat (bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit auf die Seite der ArbeitnehmerInnen), um Ungleichheiten zu bekämpfen. Weder dieses Gesellschaftsverständnis noch die Bereitschaft, auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugehen, um Veränderungen zu erreichen, finden wir im „Bremer Entwurf“.

Im Anschluss behandeln wir exemplarisch einige Felder, in denen wir Handlungsbedarf linker Politik sehen. Das Wort exemplarisch macht deutlich, dass wir auch an anderen Stellen die Notwendigkeit der Überarbeitung sehen, wir uns jedoch hier nur auf einige Themen konzentrieren.

Der Demokratische Sozialismus

Der „Bremer Entwurf“ stellt die Grundwerte der Partei unter eine neue Überschrift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind danach nicht mehr die Grundwerte des demokratischen Sozialismus, sondern die „Grundwerte der Sozialen Demokratie“. Im Text wird zwar auf die „unsere Geschichte prägende Idee des demokratischen Sozialismus“ verwiesen, die Arbeit für das Ziel einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft und „das Prinzip unseres Handelns“ sei aber die „Soziale Demokratie“.

Diese leichte Akzentverschiebung verändert die zentrale Aussage des geltenden Programms, wonach die Grundwerte des demokratischen Sozialismus „unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ sind. Sie verbannt den Begriff des demokratischen Sozialismus in die Geschichte. Der Demokratische Sozialismus ist jedoch nicht nur „die unsere Geschichte prägende Idee“, sondern muss auch die Grundlage unserer künftigen Reformpolitik sein. Er kann keinesfalls durch den Begriff der „Sozialen Demokratie“ ersetzt werden. Dieser kann politisches Alltagsgeschäft beschreiben, jener bedeutet jedoch unverwechselbare

Identität und Orientierung über den Tag hinaus.

Der Bereich Wirtschaft, Arbeit, Soziales

Der „Bremer Entwurf“ bezieht sich sehr positiv auf die soziale Marktwirtschaft. Dies kritisieren wir. Die Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftssystem, das soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit erzeugt. Die „soziale Marktwirtschaft“ hat soziale Elemente, weil diese durch die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung erkämpft wurden. Dies wird im „Bremer Entwurf“ nicht hinreichend deutlich.

Auch muss unseres Erachtens in einem SPD-Grundsatzprogramm benannt werden, wohin die „soziale Marktwirtschaft“ derzeit geführt hat. Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander, die Anzahl von Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, wächst, Millionen finden in Deutschland keinen Arbeitsplatz usw., die soziale Polarisierung nimmt zu. In einem SPD-Grundsatzprogramm erwarten wir Antworten darauf, wie diese Polarisierung verhindert, zumindest aber in Zukunft abgebaut werden kann. Wir erwarten Antworten darauf, wie sich Arbeitslosigkeit und Armut reduzieren lassen und wie der gesellschaftliche Reichtum allen und nicht nur einer Minderheit zugute kommen soll. Dabei denken wir insbesondere an eine gesellschaftliche Umverteilung. Hier weist der „Bremer Entwurf“ einen eklatanten Mangel auf.

Auch die Frage der Ausgestaltung der Arbeitswelt kommt unseres Erachtens zu kurz. Eine Ausweitung der Mitbestimmung und ArbeitnehmerInnen-Rechte muss Bestandteil eines SPD-Grundsatzprogrammes sein. Die Frage des Verhältnisses von Arbeitszeit und Freizeit und damit die Frage, wie Menschen in unserer Gesellschaft leben können, sind ebenfalls zu behandeln. Angesichts des Anspruchs eines guten Lebens für alle und der Tatsache, dass es Menschen gibt, die keinen Arbeitsplatz mehr finden und andere, Überstunden ableisten müssen, ist die deutliche Verkürzung der Arbeitszeit weiterhin notwendig.

Vorsorgender Sozialstaat

Eine besondere Rolle nimmt im Grundsatzprogramm die Idee eines vorsorgenden Sozialstaats ein. Dieser hält an einem allgemeinen Sicherheitsversprechen

und einer grundsätzlichen Hilfefgarantie für Bedürftige fest. Allerdings vollzieht er zugleich eine Schwerpunktverlagerung von der Gewährleistung möglichst gleicher Sicherheit hin zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit, bevor diese entsteht. Das sog. „Fördern und Fordern“ fungiert dabei als Handlungskonzept mit einer primären Ausrichtung auf den Ersten Arbeitsmarkt und einer stärkeren Betonung der individuellen Eigenverantwortung. Der Sozialstaat nimmt somit vermehrt die Gestalt eines politischen Handlungsauftrags, weniger die eines verlässlichen Leistungsrahmens an. Zugleich kommt es wie bereits in den vergangenen Jahren zu einer erhöhten Flexibilität und zu einer zunehmenden Zahl und Intensität von Veränderungen im sozialen Leistungsgefüge. Damit verbindet sich ein schrittweiser Umbau des bisherigen Systems, etwa durch eine Verbreiterung der finanziellen Basis, aber auch mit Blick auf Sanktionen und Leistungsbegrenzung.

Aus linker Sicht und aus der Erkenntnis heraus, dass die zentralen Probleme unserer Zeit nur gemeinschaftlich mit Hilfe staatlicher Eingriffe zu bewältigen sind, erscheint der Vorsorgende Sozialstaat als Ansatz durchaus verfolgenswert, sofern er eine handlungsorientierte Ergänzung des bestehenden (weitgehend passiv ausgerichteten) Sozialstaatsprinzips darstellen soll. Problematisch erscheint das Konzept hingegen, wenn es als Ersatz für ein grundlegendes Freiheits- und Sicherheitsversprechen dient. Dann nämlich könnte es den Einstieg in die Auflösung des Sozialstaatsprinzips markieren. Deshalb bleibt auch im Grundsatzprogramm die Betonung der sichernden und aktiven Ausrichtung notwendig, da beides die Basis für individuelle Freiheit und Entfaltung bildet. Für die SPD darf es nicht nur allein um den vorsorgenden, sondern muss es zuallererst um den aktiven Sozialstaat gehen, der auf drei Säulen beruht: der garantierten Sicherheit und Freiheit von Not, der Vorsorge und Prävention sowie der staatlich abgesicherten Integration und Teilhabe. Der vorsorgende Ansatz ist ein wichtiger, aber eben auch nur ein Teil unseres Sozialstaatsverständnisses.

Krieg und Frieden

Im „Bremer Entwurf“ steht geschrieben, dass militärische Aktionen für die Sozialdemokratie fortan zulässig sein sollen, wenn ein UN-Mandat vorliegt, der Bundestag zustimmt und

der „Einsatz dem deutschen Interesse nicht widerspricht“.

Diese Position finden wir als Berliner Linke untragbar. Ziel der Sozialdemokratie war immer, auch wenn ihre Politik dem leider oft nicht entsprochen hat, eine Welt ohne Krieg. Es gibt derzeit Militär und militärische Konflikte. Die Frage ist jedoch, ob die Sozialdemokratie dies eigentlich ändern will oder ob sie kriegerische Auseinandersetzungen als ein probates Mittel der Politik akzeptiert. Krieg ist für uns keine Lösungsstrategie für verfehlte Außenpolitik und mangelnde Integration – das muss sich in einem SPD-Grundsatzprogramm niederschlagen.

Stattdessen finden wir die unkritische Nachlegitimierung der rot-grünen Außenpolitik. Die antimilitaristische Tradition, die die SPD als Lehren aus dem 1. und 2. Weltkrieg gezogen hatte, wird aufgekündigt.

Statt einer selbstverständlichen Nennung von Bundeswehreinräsen im Ausland erwarten wir von einem SPD-Grundsatzprogramm Ansätze dafür, wie Abrüstung vorangetrieben werden kann und wie militärische Auseinandersetzungen im Vorfeld verhindert werden können. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist für uns ein adäquater Schritt.

Dass kein Widerspruch zum „deutschen Interesse“ als Kriterium für einen Einsatz aufgestellt wird, empfinden wir als besonders verheerend. Die SPD war immer die Partei der Internationalen Solidarität. Als Sozialdemokratie wenden wir uns gegen eine Nationaltömelei, in der die vermeintlichen Interessen des einen „Volkes“ gegen die eines anderen ausgespielt werden sollen. Wir machen Politik für alle Menschen auf dieser Welt und nicht nur für jene, die die deutsche Staatsbürgerschaft innehaben. Wir empfinden es als besorgniserregend, wenn militärische Einsätze fortan mit der Konstruktion eines solchen „Volksinteresses“ begründet werden sollen.

Die Gleichstellung der Geschlechter

Liest man den „Bremer Entwurf“ gewinnt man den Eindruck mit „Gender Mainstreaming“ und Bemühungen um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir die Gleichstellung der Geschlechter erreicht. Dies erscheint uns jedoch als Beitrag zum Thema Gleichstellung ungenügend.

Fehlende Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, sind ein Problem, aber nicht der Grund, warum wir Gleichstellung noch nicht erreicht haben. Vielmehr wird die Situation heute noch immer durch die Ansicht geprägt, dass es „naturgemäß“ die Frau sei, die beides zu vereinbaren habe.

Da hilft der Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ aus dem Berliner Programm auch heute noch erheblich mehr weiter. Wir leben noch immer in einer männlich strukturierten Gesellschaft und wer Gleichstellung erreichen will, muss Strukturen aufbrechen und verändern. Die Strukturen sind andere als zu Zeiten der Erklämpfung des Frauenwahlrechts, aber genau diese zu analysieren und anzugehen, ist Aufgabe eines Grundsatzprogramms.

Diskutiert werden muss zudem die Frage, warum es doch im überwiegenden Maße trotz gleicher Startchancen und guter Bildungsabschlüsse Frauen sind, die die Verantwortung für Kinder tragen und beruflich zurückstehen und warum in den Chefetagen, auf Lehrstühlen und Ministersesseln noch immer so wenig Frauen anzutreffen sind.

Ein Steuer- und Sozialsystem, das noch immer auf den männlichen Ernährer ausgerichtet ist, ist überholt. Eine Quotenregelung ist insbesondere auch für den Bereich der Wirtschaft durchzusetzen und längst überfällig

Und nun?

Die Auseinandersetzung um ein neues SPD-Grundsatzprogramm bietet die Möglichkeit, sich über Grundfragen sozialdemokratischer Politik zu verständigen. Als Parteilinke werden wir diese Möglichkeit wahrnehmen und nutzen. Das Problem der SPD ist nicht programmatische Starre oder mangelnde Flexibilität in der Tagespolitik, eher ist es der drohende Verlust ihres unverwechselbaren Profils und ihrer langfristigen Orientierung. Die SPD muss ihren Anspruch aufrechterhalten, die gesellschaftliche Linke zu integrieren und mehrheitsfähig zu machen. Dieses Ziel kann sie aber nicht erreichen, wenn sie auf der Linken zugunsten konkurrierender politischer Kräfte Terrain preisgibt.

Berlin, April 2007

Anmerkungen

Programmdebatte: Nicht leichtfertig Visionen aufgeben

Von Frank Zimmermann, MdA

Der „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm stellt die Grundwerte der Partei unter eine neue Überschrift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind danach nicht mehr die Grundwerte des demokratischen Sozialismus, sondern die „Grundwerte der Sozialen Demokratie“. Im Text wird zwar auf die „unsere Geschichte prägende Idee des demokratischen Sozialismus“ verwiesen, die Arbeit für das Ziel einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft und „das Prinzip unseres Handelns“ sei aber die „Soziale Demokratie“.

Diese leichte Akzentverschiebung verändert die zentrale Aussage des geltenden Programms, wonach die Grundwerte des demokratischen Sozialismus „unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ sind. Sie verbannt den Begriff des demokratischen Sozialismus in die Geschichte; unser Handlungsprinzip sei nunmehr die soziale Demokratie.

Der Demokratische Sozialismus ist jedoch nicht nur „die unsere Geschichte prägende Idee“, sondern muss auch die Grundlage unserer künftigen Reformpolitik sein. Er kann nicht durch den Begriff der „Sozialen Demokratie“ ersetzt werden. Dieser beschreibt das politische Alltagsgeschäft, jener bedeutet unverwechselbare Identität und Orientierung über den Tag hinaus.

Die SPD schöpft ihre Kraft aus der Überzeugung, dass die Menschen die Bedingungen ihrer Lebenswirklichkeit verändern können – auch bei scheinbar festgefühten wirtschaftlichen oder politischen

Strukturen. Das 21. Jahrhundert wird „entweder das Jahrhundert der Gewalt oder das Jahrhundert der Nachhaltigkeit“ (Michael Müller, MdB). Die Zeichen deuten eher auf ersteres hin. Der Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen nimmt weiter zu, die Gegensatz von arm und reich auf dem Globus verschärft sich.

Der von Menschenhand ausgelöste Klimawandel ist der dramatischste Fall des Marktversagens. Er wird verheerende ökologische und soziale Katastrophen nach sich ziehen, wenn nicht radikal umgesteuert wird. „Die Gestaltung der Welt darf nicht internationalen Kapitalströmen überlassen werden“ (Kurt Beck). Dazu braucht die SPD mehr denn je eine Perspektive, die über das ökologisch versagende System der Weltwirtschaft hinausweist.

Der Demokratische Sozialismus ist deshalb als Gegenentwurf zum Marktliberalismus unverzichtbar und hochaktuell. Er bedeutet heute vor allem zweierlei: die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit und die Teilhabe aller an diesen Ressourcen. Internationalismus und demokratischer Sozialismus müssen die Prinzipien unseres künftigen Handelns sein.

Das Problem der SPD ist nicht programmatische Starre oder mangelnde Flexibilität in der Tagespolitik, eher ist es der drohende Verlust ihres unverwechselbaren Profils und ihrer langfristigen Orientierung. Die SPD muss ihren Anspruch aufrechterhalten, die gesellschaftliche Linke zu integrieren und mehrheitsfähig zu machen. Dieses Ziel kann sie aber nicht erreichen, wenn sie auf der Linken zugunsten konkurrierender politischer Kräfte Terrain preisgibt.

Antragsentwurf

„Demokratischer Sozialismus“

Frank Zimmermann/ Tempelhof-Schöneberg

Der „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift „Die Grundwerte der Sozialen Demokratie“ wird ersetzt durch die Überschrift:
„Die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus“
2. Nach der Überschrift „Woher wir kommen“ wird folgender Absatz eingefügt:
„In unserer Geschichte wurzeln die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie bilden auch künftig das Fundament unserer Reformpolitik.“
3. Nach dem Abschnitt „Solidarität“ wird folgender Absatz eingefügt:
„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine bessere Ordnung der Gesellschaft und Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratie.“
4. Die Überschrift „Die Soziale Demokratie“ wird gestrichen.
5. Nach „solidarisches Handeln verbessern.“ wird folgender Absatz angefügt:
„Diese Grundwerte zu verwirklichen ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.“
6. Der letzte Absatz wird gestrichen.

Begründung:

Der Demokratische Sozialismus ist nicht nur „die unsere Geschichte prägende Idee“, sondern auch die Grundlage unserer künftigen Reformpolitik. Dieses Prinzip kann nicht durch den Begriff der „Sozialen Demokratie“ ersetzt werden. Dieser beschreibt das politische Alltagsgeschäft, jener bedeutet unverwechselbare Identität und Orientierung über den Tag hinaus, Die SPD schöpft ihre Kraft aus der Überzeugung, dass die Menschen die Bedingungen ihrer Lebenswirklichkeit verändern können – auch bei scheinbar fest gefügten wirtschaftlichen oder politischen Strukturen.

Das 21. Jahrhundert wird entweder das Jahrhundert der Gewalt oder das Jahrhundert der Nachhaltigkeit (Michael Müller, MdB). Die Zeichen deuten eher auf ersteres hin. Der von Menschenhand ausgelöste Klimawandel ist der dramatischste Fall des Marktversagens (Klaus Töpfer, UN). Er wird verheerende ökologische und soziale Katastrophen nach sich ziehen, wenn nicht radikal umgesteuert wird, Dazu braucht die SPD mehr denn je eine Perspektive, die über das ökologisch versagende System hinausweist.

Der Demokratische Sozialismus ist deshalb als Gegenentwurf zum Marktliberalismus hochaktuell. Er bedeutet heute vor allem zweierlei: die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen auf dem Globus und die Teilhabe aller an diesen Ressourcen.

Die Formulierungen dieses Antrags sind wörtlich Bestandteil des geltenden Grundsatzprogramms.

Anmerkungen

Rückkehr des Staates. Plädoyer für ein aktives Staats- und Politikverständnis als Beitrag der Linken zur Programmdebatte

Von Alexander Götz, Kreisvorsitzender SPD Berlin NordOst (Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee)

Der Bremer Entwurf eines neuen SPD-Grundsatzprogramms greift die zentralen Probleme und Herausforderungen unserer Zeit auf und bekennt sich zu einer aktiven Rolle von Staat und Politik. Gleichwohl vermittelt der Entwurf den Eindruck, die Sozialdemokratie versuche vor allem, sich an die Sachzwänge einer globalisierten Welt anzupassen. So geht es zwar um die Bewahrung politischer Handlungsmöglichkeiten, weniger indes um ihre gestaltende Nutzung und Erweiterung. Von der Rückgewinnung eines Primats der Politik ist kaum die Rede. Hinzukommt, dass jenseits des Themas Arbeit ein stringenter Argumentationsgang, vor allem aber ein prägnantes und umsetzbares Handlungskonzept fehlen. So diffus die gegebenen Herausforderungen erscheinen, so ausdifferenziert und unverbunden stellen sich bislang die programmatischen Antworten dar.

Diese Einschätzung führt zu keiner Fundamentalkritik des Programmprozesses. Es darf heute in der Tat als schwierig gelten, längerfristig tragfähige Antworten auf aktuelle und künftige Problemstellungen zu entwickeln. Dennoch sind wir als Programmpartei gefordert, gerade in schwieriger Zeit intensiv nach einem überzeugenden Konzept zu suchen. Der vorliegende Entwurf bietet dafür eine gute Diskussionsgrundlage, ist aber in wesentlichen Teilen noch nicht über eine Ansammlung von Fragestellungen und Einzelantworten hinaus gelangt. Erwartet wird deshalb eine grundsätzlich angelegte und strategisch ausgerichtete Ergänzung des vorliegenden Textes. Sie muss eine veränderte Gewichtung der Themen, zumindest aber eine stringenter Logik beinhalten, die erkennbar sozialdemokratische Züge trägt. Aus Sicht der Linken geht es dabei im Kern um die Frage, wie aktiv Staat und Politik zur Regelung sozialer, ökonomischer und ökologischer Belange aufgerufen sind.

Bereits im einleitenden Kapitel des Bremer Entwurfs werden zu diesem Komplex wichtige Sachverhalte und Zielvorstellungen angesprochen (etwa die Europäisierung des politischen und staatlichen

Handlungsrahmens). Dennoch ist die Bedeutung öffentlichen Handelns zurückhaltend formuliert. Staat und Politik bilden eher den Hintergrund einzelner Großthemen (Arbeit, Bildung, Umwelt usw.), denen eine verbindende Handlungsstrategie fehlt. Dabei sollte die an vielen Stellen gelungene Analyse verdeutlichen, dass sich wesentliche Probleme unserer Zeit (globale Disparitäten, Ungleichverteilung von Gütern und Wohlstand, Prekariat, Klimawandel) immer weiter verschärfen und allein auf Deregulierung und Liberalisierung zielende Politiken bislang keine befriedigenden Lösungen erbracht haben. Deshalb sollte nicht nur der Erhalt (sozial-)staatlicher Mindeststandards diskutiert, sondern viel offensiver der Bedarf an gemeinschaftlichem, solidarischem und öffentlichem Handeln vertreten werden. Dabei geht es nicht um die Verteidigung des Politischen, sondern um die Rückgewinnung eines politischen Primats, da nur auf diesem Wege effektive Problemlösungen zu erreichen sind.

Programmatisch wäre dabei zunächst die bislang geltende Dichotomie von Staat und Markt aufzugeben. Sie ist schon deshalb fehlerhaft, als der Markt einen Verteilungsmechanismus darstellt, der überhaupt nur dann funktioniert, wenn er sich auf starke staatliche Sicherungsleistungen stützen kann. Mit anderen Worten. Markt ist ohne Staat nicht möglich. Er enthält auch kein ideologisches Konzept und kann daher unter bestimmten Umständen durchaus ein geeignetes Instrument linker Politik darstellen (Handel mit CO₂-Emissionen als Beispiel). Deshalb sollte sich der entscheidende programmatische Gegensatz auf den Widerstreit zwischen ungezügelter und vermachteter Wettbewerb auf der einen und Freiheit durch gemeinschaftlich garantierte Teilhabe auf der anderen Seite beziehen.

Ersteres entspricht dem Prinzip der ungezügelter Globalisierung, in der Deregulierung und Liberalisierung zu einem sich selbst verstärkenden Prozess globaler Abstiegs- und Verdrängungskämpfe führen, die gewaltige externe Kosten verursachen (etwa in Form von Klimawandel, Konflikten um

Ressourcen, verstärkten Migrationsströmen und einer wachsenden Ungleichverteilung).

Letzteres verweist auf den linken Gegenentwurf, der für mehr demokratisch legitimierte Ordnungs- und Verteilungsleistungen plädiert, ohne dabei individuelle Freiheiten zu beeinträchtigen oder faire Marktlösungen von vornherein auszuschließen.

Die Umsetzung dieses linken Gegenentwurfs bedarf einer adäquaten Handlungsgrundlage. Nach Lage der Dinge kommen dafür nur der Staat bzw. überstaatliche Gemeinschaftsorgane in Betracht. Beide Ansätze, vor allem der Nationalstaat, gelten zwar häufig als überholt und Domäne der Konservativen, doch bietet staatliche Organisation in ihrer Weiterentwicklung zum Ordnungs- und Sozialstaat unverändert den einzig leistungsfähigen Rahmen zur Befriedigung gesellschaftlicher Interessen. Weder in der Bürgergesellschaft noch im absolut freien Wettbewerbs können jene Kapazitäten und Ressourcen gebündelt werden, die zur Bewältigung von Massenarbeitslosigkeit, regionalen Disparitäten oder des Klimawandels (und seiner Folgen) erforderlich sind. Die Rückkehr des Staates sowie ein klares Bekenntnis der SPD zur Rehabilitation öffentlicher Institutionen und zu ihren Handlungsmöglichkeiten sollte daher jene Lücke schließen, die gegenwärtig vor allem auf der strategischen Ebene des Grundsatzprogramms erkennbar wird.

Die vorgetragene Logik und daraus abzuleitende Ergänzungen im Bremer Entwurf lassen sich anhand des „neuen“ Konzepts eines Vorsorgenden Sozialstaats veranschaulichen. Dieser hält an einem allgemeinen Sicherheitsversprechen und einer grundsätzlichen Hilfefgarantie für Bedürftige fest. Allerdings vollzieht er zugleich eine Schwerpunktverlagerung von der Gewährleistung möglichst gleicher Sicherheit hin zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit, bevor diese entsteht. Das sog. „Fördern und Fordern“ fungiert dabei als Handlungskonzept mit einer primären Ausrichtung auf den Ersten Arbeitsmarkt und einer stärkeren Betonung der individuellen Eigenverantwortung. Der Sozialstaat nimmt somit vermehrt die Gestalt eines politischen Handlungsauftrags, weniger die eines verlässlichen Leistungsrahmens an. Zugleich kommt es wie bereits in den vergangenen Jahren zu einer erhöhten Flexibilität und zu einer zunehmenden Zahl und Intensität von Veränderungen im sozialen

Leistungsgefüge. Damit verbindet sich ein schrittweiser Umbau des bisherigen Systems, etwa durch eine Verbreiterung der finanziellen Basis, aber auch mit Blick auf Sanktionen und Leistungsbegrenzung.

Aus linker Sicht und aus der Erkenntnis heraus, dass die zentralen Probleme unserer Zeit nur gemeinschaftlich mit Hilfe staatlicher Eingriffe zu bewältigen sind, erscheint der Vorsorgende Sozialstaat als Ansatz durchaus verfolgenswert, sofern er eine handlungsorientierte Ergänzung des bestehenden (weitgehend passiv ausgerichteten) Sozialstaatsprinzips darstellen soll. Problematisch erscheint das Konzept hingegen, wenn es als Ersatz für ein grundlegendes Freiheits- und Sicherheitsversprechen dient. Dann nämlich könnte es den Einstieg in die Auflösung des Sozialstaatsprinzips markieren. Deshalb bleibt auch im Grundsatzprogramm die Betonung der sichernden und aktiven Ausrichtung notwendig, da beides die Basis für individuelle Freiheit und Entfaltung bildet. Für die SPD darf es nicht nur allein um den vorsorgenden, sondern muss es zuallererst um den aktiven Sozialstaat gehen, der auf drei Säulen beruht: der garantierten Sicherheit und Freiheit von Not, der Vorsorge und Prävention sowie der staatlich abgesicherten Integration und Teilhabe. Der vorsorgende Ansatz ist ein wichtiger, aber eben auch nur ein Teil unseres Sozialstaatsverständnisses.

Im Ergebnis sollte die SPD bereits zu Beginn (und dann in weiteren Passagen des Grundsatzprogramms) ein klareres Bekenntnis zu öffentlichem Handeln und einer Erneuerung des Staates im europäischen Kontext ablegen. Zu begründen wäre dies mit den wettbewerbsorientiert kaum lösbaren Herausforderungen, wie sie in der Ungleichverteilung und Dauerarbeitslosigkeit und vor allem im Klimawandel und dessen Folgen sichtbar werden. Damit würde sich die SPD den Staat wieder programmatisch aneignen und in einen sinnvollen Zusammenhang stellen. Freilich erfordert dies dann auch stärker als bislang eine praktizierte Staatspflege. Gemeint ist damit die Gewährleistung effektiver und wirtschaftlicher Institutionen, da sich jede politische und staatliche Lösung argumentativ und materiell der Konkurrenz privater Alternativen zu stellen hat. Bei fortbestehender Knappheit muss es folglich zu einem Kennzeichen linker Staatspolitik werden, ressourcenschonende Regelungs-, Verteilungs- und Vollzugsformen zu organisieren und zu erhalten.

Antragsentwürfe

Zum „Vorsorgenden Sozialstaat“

Von Carolina Böhm/ Abteilung 73 (Charlottenburg-Wilmersdorf)

Im Kapitel 4.6 Der Vorsorgende Sozialstaat (S. 43 ff), werden folgende Änderungen vorgenommen:

- (S. 43, Z.28) Die Überschrift wird geändert in :*Der Verantwortlich Vorsorgende Sozialstaat*
- (S. 43, Z. 53) Neu: Nur eine Gesellschaft, *die das Leitbild der Teilhabe und Lebensqualität aller verfolgt*, ist eine zukunftsfähige Gesellschaft.
- (S. 44, Z. 2) Streichen: Nur wenn die Menschen wissen (...) mobil zu sein.
- (S. 44, Z. 5) Um dieses Sicherheitsversprechen zu erneuern, entwickeln wir den Sozialstaat weiter zum *Verantwortlich Vorsorgenden Sozialstaat*.
- (S. 44, Z. 8) Neues Leitbild Ersetzen durch *Neue Herausforderungen*
- (S.44, Z.10 f) Das Leitbild unserer Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert ist der *Verantwortlich Vorsorgende Sozialstaat*. Er *bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Grundlage*, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, indem er aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt stellt.
- (S.44, Z. 35) Ergänzen: des *Verantwortlich Vorsorgenden Sozialstaates*
- (S.44, Z. 44f) Streichen: Dabei hängen die Ergebnisse (...) und miteinander zu vernetzen.
- (S. 44, Z.50) Der *Verantwortlich Vorsorgende Sozialstaat*
- (S. 45, Z.21 - 35) Streichen: Damit wir diese Ziele (...) freien und gleichen Zugang für alle.
- (S. 46, Z.19) Neu einfügen: *Dort, wo erkennbar diese Instrumente in ihrer Wirkungsweise geschwächt sind, muss ein Mindestlohn den Menschen einen existenzsichernden Lohn gewährleisten. Wir werden im europäischen Maßstab die Sicherung von gerechten und gerecht entlohnten Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mitgestalten.*
- (S.47, Z. 10 f) Absatz neu fassen wie folgt: *Unser Ziel ist es, Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu verhindern. Dazu müssen die Übergänge zwischen den Lebensphasen besser abgesichert werden. Aktive Arbeitsmarktpolitik heißt daher für uns, die Förderung aller Menschen, die am Erwerbsleben teilhaben können, auch in Phasen ohne Leistungsbezug. Der Erhalt von Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung und Qualifizierung ist darüber hinaus ein Rechtsanspruch aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden die Förderung von beruflicher Qualifizierung in der Arbeitsmarktpolitik stärken indem wir den Aussteuerungsbetrag modifizieren und einen Fonds für Weiterbildungskonten einrichten.*

Begründung:

Der Begriff des vorsorgenden Sozialstaates soll die zweite Säule des Sozialstaats darstellen, neben der Absicherung der großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Dies geht aus dem Abschnitt unter der Überschrift Neues Leitbild hervor. Diese zweite Säule sollte als zweites Motiv in der Überschrift Platz finden, da eindeutig klar sein muss, dass der Sozialstaat in sozialdemokratischer Verantwortung die Menschen im Falle von Hilfebedürftigkeit nicht auf die Vorsorgeleistungen verweist.

Die ökonomische Situation vieler Menschen in Deutschland ist zu unsicher, um sich auf eine „aktivierende, präventive und investive“ Leistung des Sozialstaates verlassen zu können. Noch leben wir mit einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit in nennenswerter Größenordnung, die in den nächsten zehn Jahren mehr Antworten braucht als die Ausweitung von Niedriglohnsektoren.

Im ersten Abschnitt unter 4.6 geht es noch in erster Linie um gesellschaftlichen Wohlstand. Der Ausdruck „Wohlstand für alle“ ist jedoch höchstens noch als Zitat von Ludwig Ehrhard 1957 zu gebrauchen. Für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts muss das Leitbild ein nachhaltiges sein und an dieser Stelle wäre es angebracht, den Begriff Wohlstand zu ersetzen durch Lebensqualität. Der Begriff geht weit über die in der Regel materiell besetzte Begrifflichkeit von Wohlstand hinaus und umfasst gleichermaßen die gerechte Teilhabe an Bildungs- und Kulturgütern für alle Menschen.

Das Menschen nur dann Risiken eingehen und mobil sind, wenn ihre sozialen Lebensrisiken abgesichert sind, ist zynisch und realitätsfern. Die Lebensrealität vieler Menschen in Deutschland und erst recht weltweit sieht anders aus, der Satz sollte daher gestrichen werden.

Der letzte Satz aus dem Abschnitt „Neues Leitbild“ muss gestrichen werden, die Formulierung entspricht einem Koalitionsvertrag. Es kann nicht Teil des Grundsatzprogramms sein, zentrale Forderungen gleich wieder in Frage zu stellen, weil evtl. einzelne Politikfelder nicht gut genug miteinander vernetzt sind.

Die Passage in der Mitte der Seite 45 umfasst die allgemeine Stärkung der Bildungsarbeit und des Bürgerschaftlichen Engagements, das ist an anderer Stelle bereits beschrieben. So wie dieser Aspekt hier eingeführt wird, führt er isoliert nur zu Schwammigkeit. Sollte gestrichen werden.

Unter der Überschrift „Gute Arbeit“ soll die Forderung nach einem Mindestlohn nicht fehlen. Der Begriff der guten Arbeit ist ein Begriff in der europäischen Debatte und die Verbreitung von Mindestlöhnen in der Mehrzahl der europäischen Staaten spricht deutlich für dieses Instrument. Richtig festgestellt wurde hier, dass Flächentarifverträge grundlegende Mechanismen bleiben, leider arbeiten in Deutschland nicht einmal mehr 50% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Flächentarifverträgen.

Die Forderung die Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung auszubauen, ist im Grundgedanken nachvollziehbar. Der Gedanke muss allerdings präzisiert werden, so wie er jetzt im Text steht, ist er missverständlich.

Sollen die gerade abgesenkten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder aufgestockt werden? Das widerspricht dem Grundgedanken der ganzen Passage, die sozialen Sicherungssysteme stärker auf Steuerbasis zu finanzieren.

Eine Individualversicherung ala Riester muss an dieser Stelle rundheraus abgelehnt werden, da dies die Schwächsten der Gesellschaft wiederum jene ausschließen würde, die auch den geringsten Betrag für eine Versicherung, die sie eventuell auch nicht für notwendig halten, nicht übrig haben. Selbstverständlich bleibt auch das Problem von Lebenspartnerschaften, in denen nur ein Partner verdient. Gilt die Beschäftigungsversicherung dann für beide, oder sind am Ende doch in der Regel wieder die Frauen die Verliererinnen in der neuen Kultur der Weiterbildung?

Wenn die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf berufliche Weiterbildung und beständige Qualifizierung ernst gemeint ist, dann sollen diejenigen ihren Obulus leisten, die von den qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern profitieren, die Arbeitgeber.

Wenn es darüber hinaus einen staatlich finanzierten Fonds gibt, der insbesondere in kleinen und mittelständischen Betrieben die inner – und außerbetriebliche Weiterbildung unterstützt, kann das vielleicht ein richtiger Ansatz sein. Aus der Bundestagsfraktion kam der Vorschlag hierfür auf einen Teil des Aussteuerungsbetrags der Agenturen an die Bundesanstalt zu verzichten.

Anmerkungen

Impulse für ein neues SPD-Grundsatzprogramm

Björn Böhning, Juso-Bundesvorsitzender

Sozialdemokratische Grundsatzdebatten resultieren daraus, dass gesellschaftliche und/oder ökonomische Entwicklungen alte Vorstellungen überholt haben und neue Antworten auf den Wandel gefunden werden müssen. Nicht selten folgen neue Grundsatzdebatten aber auch politischen Entwicklungen innerhalb einer Partei, in der sich bestimmte Grundüberzeugungen verändert haben und neue Politikansätze mehrheitsfähig wurden. Der neue Anlauf der SPD-Programmdebatte resultiert aus beidem ein wenig: So ist der SPD zum einen das (nationale) Koordinatensystem in Folge des fundamentalen sozioökonomischen Wandels abhandeln gekommen. Zum anderen haben die bisherigen Antworten auf diese Entwicklung – und zwar sowohl die Rezepte der 70er Jahre, als auch die Agenda 2010 – wenig Erfolge vorzuweisen und laufen häufig am Ziel, eine neue, solidarische Welt zu schaffen, vorbei.

Das Godesberger Programm vollzog die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem sozial regulierten „kontinentaleuropäischen“ Kapitalismus („die soziale Marktwirtschaft“) und öffnete die SPD mit der Akzeptanz dieser Entwicklung neuen Wählerschichten. Das Berliner Programm versuchte (durchaus mit Erfolg) die neuen sozialen Fragen und Bewegungen nachzuzeichnen und für ein sozial-ökologisches Reformprojekt der SPD „gewinnbar“ zu machen. Beiden Grundsatzprogrammen ging eine lange Diskussion über eine tragfähige gesellschaftliche und ökonomische Analyse voraus. Sie bildete den Ausgangspunkt für die Skizzierung eines alternativen Reformentwurfs. Die heutige Programmdebatte macht den umgekehrten Weg: Mit der „Agenda 2010“ wurden in der SPD ideologische Säulen eingerammt, ohne dass Partei und Führung ein konsistentes Gesellschaftsbild im Hinterkopf, noch eine tragfähige (und mehrheitsfähige) politische Zielvorstellung vor Augen gehabt hätten. Das hat sich alles andere als ausgezahlt. Wir wissen heute, dass damit das Ende des rot-grünen Regierungsprojekts und der Abstieg der Sozialdemokratie eingeleitet wurden.

Gerade deshalb muss eine ausführliche Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm stets mit einer grundlegenden Bestandsaufnahme „dessen, was ist“ beginnen. Jede Suche nach einem modernen sozialdemokratischen Reformprojekt nicht bei den Instrumenten ansetzt, sondern bei der Analyse was ist. Die Sozialdemokratie traut sich heute kaum noch über den Kapitalismus zu diskutieren. Gleichzeitig beginnen neokonservative Vordenker sich mit den Auswirkungen des neuen Kapitalismus zu beschäftigen und ihrerseits „Rechte“ Antworten auf diese Entwicklung zu finden. So hat kürzlich der deutsche „neocon“ Paul Nolte ein kapitalismuskritisches Buch herausgegeben. (Paul Nolte (2006), Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, München) Nur um die Linke ist es still – viel zu still. Die Linke aber braucht eine moderne Form der Kapitalismuskritik. Denn es geht um nichts geringeres, als um die „Wiederaneignung des Kapitalismus-Begriffs“ (E. Altvater) für die Linke – erst recht angesichts ihres programmatischen Ideenvakuums.

Franz Walter formuliert mit Blick auf die SPD während Rot-Grün treffend: „Die Begriffe [...] waren ganz überwiegend vom Gegner geliehen. Hinzu kamen verkürzt paraphrasierte Leitsätze von außen, anfangs von den Briten, dann von den Niederländern, später von den Dänen, nun zuweilen von den Finnen und Schweden, derer sich Rot-Grün epigonal und flüchtig bediente. An der Neigung zur Kopie, zum Imitat erkennt man die Neu-Arrivierten einer Gesellschaft. Denn die eigene konzeptionelle Phantasie ist erloschen.“

Der Blick auf andere Länder alleine reicht also nicht aus. Es muss der SPD vor allem auch darum gehen, sich in die gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und kulturellen Institutionen in Deutschland einzuschreiben, und daraus eine konsistente Reformstrategie zu formulieren.

I. ProgrammatISCHE Irrtümer der Sozialdemokratie

In den Leitsätzen zur Programmdebatte heißt es: „Dem Internationalen Kapitalismus wollen wir mit dem Leitbild einer Globalen Sozialen Marktwirtschaft einen neuen Ordnungsrahmen geben.“ Das Problem ist nur, dass die Sozialdemokratie bisher überhaupt keine intelligente Idee für einen solchen Ordnungsrahmen hat. Dabei zerfällt das sozialdemokratische Lager in zwei fatale Irrtümer:

Erster Irrtum: Die Staatsgläubigkeit der moralischen Linken: Die moralischen Linken wollen pauschal die Wirtschaft eindämmen. Die „böse“ Wirtschaft dürfe nicht auf andere Bereiche des Lebens übergreifen. Die „guten“ Sozialdemokraten sollen sich lediglich noch um den Staat kümmern, heißt das zweifelhafte Motto. Dieses naive und unter kapitalistischen Vorzeichen völlig verzerrte Gesellschaftsbild ist zwar gemütlich und schön Schwarz-Weiß, aber für eine moderne Sozialdemokratie leider kein Weg. Nur den Staat zu verteidigen und die Wirtschaft den Kapitalisten zu überlassen, ist die vollständige Kapitulation vor den ökonomischen Verhältnissen. Häufig korrespondiert dieser Irrtum mit der Vorstellung, Arbeitsplätze würden von der Wirtschaft gemacht, und die Politik könnte höchstens Rahmenbedingungen schaffen. In diesem Glauben wird die Politik, wird das Staatswesen insgesamt auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik reduziert. Die Nachfragefunktion des Staates, der Sozialstaat als Arbeitgeber und die Funktion öffentlicher Investitionen werden so konsequent in den Hintergrund gedrängt. Der Staat fungiert hier gerade noch als „Steigbügelhalter“ für Unternehmen, die man durch angebotsorientierte Maßnahmen unterstützen müsse.

Der zweite Irrtum: Die Staatsferne der Sozialtechnokraten:

Die Sozialtechnokraten reduzieren den Staat auf den Fiskus, auf ein Finanzportfolio, das man beliebig zusammenstellen kann. Der Versicherungsstaat sei am Ende und die Bürger müssten sich von ihrer Vollkaskomentalität, ihren Ansprüchen an den Staat lösen. Dass dafür das Lob der Wirtschaftsverbände einhellig ist, ist klar. Die Sozialtechnokraten haben sich vollkommen von einer offensiven Reformstrategie

verabschiedet und begreifen sich selbst als die obersten McKinseys, die die Unternehmen retten wollen. Auch die Sozialtechnokraten reduzieren so (mit unterschiedlichem Begründungszusammenhang) den Staat auf einen „Steigbügelhalter“ für die Wirtschaft, der lediglich noch die Wettbewerbsbedingungen der Wirtschaft verbessern soll.

Beide Irrtümer haben somit eines gemeinsam: Der Staat wird als Regelgeber und als Beteiligter in ökonomischen Prozessen ignoriert. Die Rolle des investierenden und steuernden Staates wird verschwiegen. Staat fungiert in diesen Vorstellungen als „Outsider“, als Politik ohne Kompetenz in ökonomischen Fragen. Wie wir sehen konnten hat die marktliberale Doktrin, „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht“, mittlerweile weit in sozialdemokratischen Ideologien Fuß gefasst. Die jahrzehntelange Vorstellung der Sozialdemokraten, nämlich dass in einem sozial regulierten Kapitalismus die Wurzel für ein „besseres Leben“ der Menschen zu suchen ist, gerät vor dem Hintergrund der Globalisierung in den Hintergrund.

Sowohl diejenigen, die den Markt moralisch zu Gunsten des Staates zurückdrängen wollen, als auch diejenigen, die den Staat auf seine fiskalischen Aufgaben reduzieren, führen die SPD nicht weiter. Die Sozialdemokratie muss weiterhin den Anspruch hegen, Wirtschaft und Gesellschaft, ja den Kapitalismus, nach den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (aktiv!) zu gestalten. Dieser Gestaltungswille findet seinen Ausdruck in einer offensiven Reformpolitik und engagiertem staatlichen Handeln, gerade auch in Europa. Deshalb braucht die SPD eine wirkliche Vorstellung darüber, wie ein globaler, sozialer Ordnungsrahmen aussehen kann.

II. Kapitalismuskritik: Die Rolle der Finanzmärkte

Eine moderne Kapitalismuskritik muss auf drei Feldern ansetzen: Der Rolle der Finanzmärkte, dem Wandel der Arbeitswelt und der Rolle des Staates bzw. der öffentlichen Güter.

Jede ernst gemeinte Analyse des heutigen Kapitalismus beginnt nicht bei der Steuerbelastung für Unternehmen, den

Arbeitsmarktstrukturen oder der neuen Managerkultur, jede ernst gemeinte Kapitalismuskritik nimmt ihren Ausgangspunkt bei einer Analyse der Bedeutung der Finanzmärkte.

Der Finanzkapitalismus beinhaltet neue Logiken, die mit den altbekannten fundamental brechen. Die Bosse der Unternehmen sind nicht mehr die Alleinherrscher, sondern auch verzweifelte Getriebene ihrer Shareholder. Es ist zweifelsohne moralisch richtig zu kritisieren, wenn Manager Gewinne verkünden und gleichzeitig Arbeitsplatzabbau wie kürzlich bei der Telekom. Wir müssen aber auch erkennen, dass dies nicht dem „bösen Manager“ geschuldet ist, sondern den Strukturen spekulativer Finanzmärkte.

Es ist vor allem die Ausbeutung der Zeit, die zum Treiber des neuen Finanzregimes geworden ist. Termingeschäfte, Währungsspekulationen, riskante Risikoumschichtungen und Tauschgeschäfte mit Derivaten gehören zum Alltag der neuen Ökonomie. Wir haben es mit einem regelrechten betandwin-Kapitalismus zu tun, der auf den kurzfristigen Profit orientiert. Die Firmenjäger, Private-Equity-Fonds, die Unternehmen übernehmen, radikal sanieren und weiterverkaufen (meist verbunden mit dem Abbau tausender Arbeitsplätze) – mit dem Ziel kurzfristiger Rendite – haben in den letzten zwei Jahren mehr als 40 Milliarden Euro in Deutschland investiert. Sie kontrollieren knapp 5000 deutsche Unternehmen mit 400.000 Beschäftigten. Es werden rasant mehr.

Wo die vierteljährliche Bilanz für Entscheidungen von Kapitalgebern wichtig ist, zählt keine mittelfristige Investition mehr – erst recht keine Investition in die Köpfe und die Gesundheit der Beschäftigten. Die für die Beschäftigten notwendigen Sicherheiten, Löhne, Sozialstandards oder Arbeitszeiten, werden vor diesem Hintergrund pulverisiert und zu einer beweglichen Masse verklärt. Dies löst bei den Beschäftigten Angst und Unsicherheiten aus. Die Politik hat darauf keine Antwort. „Das ist eben die Globalisierung“ – so lautet die Ausrede, bzw. die politische Kapitulation.

Häufig wird behauptet, die Finanzmärkte wären unreguliert. Das stimmt nicht. Internationale Finanzmärkte haben einen globalen Ordnungsrahmen. Sie sind nach US-amerikanischem betriebswirtschaftlichen Kalkül ausgestaltet. Transparenzregeln, Anlegerrechte und Aufsichtsstrukturen über Börsen, Fonds oder Versicherungen sind auf kurzfristige Rendite und Anlagebestimmungen hin ausgerichtet. Diese Landnahme des Finanzkapitals produziert ungeheure Konflikte. Die Regeln der US-Finanzwirtschaft setzen das europäische und deutsche Wirtschaftsmodell massiv unter Druck. Deren Normen und Werte brechen sich mit den hiesigen Unternehmensstrukturen und Institutionen. Wir erleben heute einen „ökonomischen Kulturkampf“ um das zukünftige Wirtschaftsmodell. Einen eigenen europäischen, ja vielleicht sogar einen „rheinländischen“ Weg zu finden, statt lediglich die Strukturen des angelsächsischen Kapitalismus nach Europa und Deutschland zu importieren, würde die Idee einer sozialen Wirtschaftsordnung wahren, statt sie zu zerstören. Das ist die Herausforderung, die Jeremy Rifkin für Europa formuliert: Die Europäer [...] haben einen wirklichen Traum. Sie wollen in einer Welt leben, die alle einbezieht und niemanden beiseite schiebt. [...] Europäer wollen global eingebunden sein, ohne ihre kulturelle Identität aufzugeben. [...] Europäer arbeiten, um zu leben statt zu leben, um zu arbeiten.“ (Jeremy Rifkin (2004), Der Europäische Traum, Frankfurt/ New York, S. 407)

Die neue sozioökonomische Frage wartet auf eine europäische Antwort auf die Struktur des modernen Finanzkapitalismus. Eine Antwort lautet: Die soziale Demokratie muss die Politik wieder auf Augenhöhe mit dem internationalen Kapitalgebern bringen.

Will die SPD sich nicht alleine technokratisch den Regeln des derzeitigen Finanzkapitals unterwerfen, muss sie die Idee einer sozialen und demokratischen Kultur der Finanzwirtschaft in Deutschland und Europa durchsetzen. Dabei geht es in erster Linie gar nicht um neue Institutionen. Die Strukturen des Finanzkapitalismus müssen selbst genutzt werden, um alternative Logiken der Vergesellschaftung in die ökonomische Entwicklung einzuschreiben. Die Investitionsfunktion der Finanzmärkte nutzen,

deren räuberische Kurzfristsicht beenden – so lautet das Gebot der Stunde.

Dazu braucht ökonomisch geballte Macht Gegenmacht durch einen intervenierenden Staat und starke Gewerkschaften. Dafür müssen nationale Handlungsspielräume (be-) ergriffen, europäische Gestaltungsmöglichkeiten genutzt und internationale Institutionen endlich konsequent für eine soziale und demokratische Politik genutzt werden.

III. Die prekäre Arbeitsgesellschaft

Der Wandel der Arbeitswelt hat mit der Struktur der neuen Finanzmärkte zu tun, aber nicht nur. Denn nur ein geringerer Teil der hierzulande Beschäftigten sind direkt dem Druck der internationalen Finanzmärkte ausgesetzt. Ein größerer Teil muss die Folgen am unteren Ende der Hierarchie bewältigen. Unsere latente Wachstumskrise führt zu einem massiven Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Nicht nur fünf Millionen Arbeitslose, sondern mittlerweile 6,8 Millionen Niedriglohn-Beschäftigte in Deutschland zeigen: Wir befinden uns auf dem Weg in eine prekäre Arbeitsgesellschaft. Prekarität auf dem Arbeitsmarkt nimmt unterschiedliche Gestalten an. Die alte Ordnung des Arbeitsmarktes – Bandarbeit und Industrieakkord – wird abgelöst durch eine höchst ausdifferenzierte Unordnung.

Neben einer „Zone der Integration“, relativ gesicherter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hat sich eine „Zone der Prekarität“ unterschiedlichster (eben prekärer) Beschäftigungsverhältnisse, in der die Betroffenen von einer sicheren Beschäftigungsperspektive weitgehend ausgeschlossen sind. Für die Menschen in der (dritten) „Zone der Entkopplung“ sind Arbeitslosigkeit und Armut an der Tagesordnung. Hier leben die Ausgegrenzten, die kaum noch eine Hoffnung auf eine mittelfristige Erwerbsperspektive haben (s. Schaubild 1). (Vgl. dazu: Klaus Dörre, Arbeitnehmer zweiter Klasse? Politik der Entprekarisierung statt Klassenkampf zwischen Arbeitnehmern, in: spw 2/ 2006, 23-26)

Interessant ist, dass die Entwicklung zu einer prekären Arbeitsgesellschaft nicht ein

Randphänomen ist, sondern mittlerweile auch in hochqualifizierte Segmente Einzug hält. Natürlich gibt es die prekären Niedriglöhner, die verzweifelt versuchen, Anschluss an den Arbeitsmarkt zu finden. Es vermehren sich jedoch die Anzeichen, dass prekäre Arbeitsbedingungen in der Hierarchie des Arbeitsmarktes „aufsteigt“. Hier sind es die hochausgebildeten HochschulabsolventInnen, die sich von Praktikum zu Praktikum hangeln, ohne eine Aussicht auf einen Berufseinstieg zu erhalten. Gerade die Berufseinstiegsphase (sofern überhaupt noch von einer Einstiegsphase gesprochen werden kann) junger Menschen ist es, die zum Motor der Prekarisierungstendenzen wird. (Diese Tendenzen werden auch politisch flankiert. So führt die jetzt beschlossene Ausweitung der Probezeit auf max. 2 Jahre zu einer faktischen Abschaffung des Kündigungsschutzes für junge Berufseinsteiger.)

Für die Unternehmen bedeutet diese Prekarisierung ein hohes Maß an externer Flexibilität, eine gestärkte Verhandlungsposition gegenüber den Gewerkschaften sowie die Reduktion von Arbeitskosten. Gleichzeitig verlieren sie aber auch an interner Innovationsfähigkeit, die jedoch im betriebswirtschaftlichen Quartalsdenken der Manager von geringerem Interesse ist.

Die neue Arbeitswelt ist aber auch ein Zwitter, ein undurchschaubares „Sowohl-als-auch“. Hochflexible, hochproduktive und gleichzeitig hoch unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind hier wie Chancen und Risiken miteinander verbunden. Prekarität reicht so bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind somit nicht unbedingt ein Phänomen am unteren Ende der Hierarchie des Arbeitsmarktes, sondern auch derjenigen, die hoch ausgebildet sind. Hier finden sich diejenigen, die im Café sitzen, am Laptop arbeiten, ihren Latte Macchiato schlürfen und Arbeitsergebnisse online versenden. Trotz materiell recht guter Absicherung (Eltern und Erbe!) werden sie meist mehr Selbstwertgefühl als mit Cash auf ihrem Lohnzettel vergütet.

Leitgedanke einer neuen sozialdemokratischen Arbeitspolitik muss eine Vollbeschäftigung neuen Typs sein: Eine Vollbeschäftigung, die Übergänge im

Erwerbslauf flexibel absichert, Auszeiten (z.B. für Kinder) schafft und (Weiter-) Bildungsphasen sozial reguliert. Eine Vollbeschäftigung, die aus einer zeitgemäßen Arbeitszeitpolitik resultiert. Eine Vollbeschäftigung also, die Flexibilität und Sicherheit miteinander vereinbart. Dazu muss allerdings der wirtschaftspolitische Autismus der letzten Jahre, der nur neue Kostensenkungsrunden ohne Beschäftigungsaufbau gebracht hat, überwunden werden. (Überwunden werden müssen auch die ideologischen Debatten über ein Ende der Erwerbsarbeit. Alle empirischen Erkenntnisse widerlegen diese These. Diese Diskussionen der 80er Jahre sollten wir bei denen belassen, die sich mit den 80er Jahren auskennen: Den Grünen.)

Ziel einer zeitgemäßen sozialdemokratischen Politik muss es nicht nur sein, der Prekarität der Arbeitsgesellschaft enge Grenzen zu setzen, sondern auch die individuelle Selbstbestimmung der eigenen Biografie zu ermöglichen. Dafür brauchen wir Maßnahmen wie den gesetzlichen Mindestlohn. Dies allein wird aber nicht ausreichen, denn es muss auch darum gehen, die Lebenschancen der Menschen wieder in ihre eigenen Hände zu legen. Der Sozialstaat muss deshalb die Lebensplanungen der Menschen, ihre Ansprüche an (Frei-) Zeit, Familie und Bildung besser als heute berücksichtigen und unterstützen. Im Rahmen einer „Qualitätsoffensive“ muss der Sozialstaat auf die Sicherung der Selbstbestimmung in Leben und Arbeit zugeschnitten werden, ohne dessen Sicherungsfunktion zu vernachlässigen. Die Idee der „Arbeitsversicherung“ ist und bleibt deshalb das zukunftsfähige Leitprinzip sozialdemokratischer Sozialpolitik.

IV. Die Rolle des Staates und der öffentlichen Güter

Die Sozialdemokratie muss eine Auffassung darüber entwickeln, welche Güter sie in öffentlicher Verantwortung politisch gestalten will. Öffentliche Güter sind der herrschenden Meinung nach erst einmal solche Kollektivgüter, nach denen zwar eine gesellschaftliche Nachfrage besteht, sie auf privaten Märkten jedoch nicht gedeckt wird. Es herrscht bei ihnen keine Konkurrenz im Konsum und das Ausschlussprinzip bzw. die Durchsetzbarkeit von Eigentumsrechten ist beschränkt („wird das Gut bereitgestellt, ist die

gesamte Nachfrage gedeckt“). Eine neue soziale Übereinkunft muss diese öffentlichen Güter aber politisch definieren – möglichst in einem gemeinsamen Verständigungsprozess mit den europäischen Schwesterparteien. Das gilt auch für globale öffentliche Güter. Neben recht eingängigen öffentlichen Gütern wie Frieden, (saubere) Umwelt oder Hochwasserschutz muss die Sozialdemokratie auch eine Idee dafür entwickeln, welche öffentlichen Güter noch ihrem Verständnis eines sozialen Gemeinwesens entsprechen. Die Bildung, als ungeteilter gesellschaftlicher Wert, könnte dazu gehören, die Verfügung über Zugang zu Wasser (gerade im globalen Maßstab) ebenfalls.

Die zweite Frage zur Rolle des Staates befasst sich mit seiner Handlungsfähigkeit. Nationalstaat und Politik haben im Rahmen der Globalisierung an Kompetenzen und Handlungsfähigkeit verloren – zweifelsohne. Wir müssen deshalb thematisieren, wo und auf welchen Feldern der Staat zukünftig gestaltend tätig werden muss. Zuerst müssen bestehende nationale Handlungsspielräume ausgeschöpft werden. Es ist nicht wahr, dass der Staat auf nationaler Ebene ohnmächtig ist. So hat Franz Müntefering seine Kapitalismuskritik losgetreten, während gleichzeitig Rot-Grün wenige Monate vorher die so hart kritisierten „Heuschrecken-Fonds“ ins Land geholt hat. Peer Steinbrück spricht von der Schwäche des Staates und schlägt gleichzeitig ein neues „Private Equity-Gesetz“ vor, das Finanzspekulationen weiter anheizen wird.

Dies zeigt: Wir haben bereits heute Gestaltungsspielräume bei der Regulierung des modernen Kapitalismus. Wir nutzen sie nur nicht – oder nur nach angelsächsischen, marktliberalen Vorgaben.

Gleichzeitig müssen aber natürlich die Möglichkeiten eines geeinten Europas zeitgemäß genutzt werden. Es ist vollkommen unverständlich, dass wer in Deutschland einkauft Mehrwertsteuer zahlen muss, aber wer Aktien kauft, keinen Cent Steuern zahlt. Auch im Steuerrecht muss die Realität der modernen Finanzmärkte Einzug halten. Dies gilt sowohl für die konsequente Bekämpfung der Steuerflucht und das Austrocknen von Steueroasen, als auch die Einführung einer europäischen Börsenumsatzsteuer, um die

kurzfristigen Spekulationen einzudämmen. Es ist also schon heute durch staatliches Handeln möglich, der Kapitalflucht effektiv zu begegnen. Hier kann der Staat sogar als „Pionier“ auftreten und sich mit sozialer Regulation in die Kapitallogik einschreiben. Dazu muss aber der Staat als Regelgeber, als Beteiligten in ökonomischen Prozessen neu justiert werden.

Mittelfristig – soviel ist klar – brauchen wir eine internationale Regulierung des finanzgetriebenen Kapitalismus. Neue Institutionen müssen wir dafür nicht schaffen. Die bestehenden – IWF, Weltbank auch die Vereinten Nationen – können sinnvoll genutzt werden. Das klingt nach ferner Zukunftsmusik. Ein Engagement in diese Richtung wäre aber

allemaal nützlicher, als bestehende Gestaltungsmöglichkeiten in Deutschland und Europa zu verneinen und ohnmächtig immer nur mit dem Finger auf andere Ebenen zu verweisen. Wo sind denn hier die Initiativen des wirtschaftsstärksten Landes der Welt, den eigenen Wohlstand durch eine globale soziale und demokratische Regulierung zu sichern?

Dies sollten die Schwerpunkte der Jusos bei der anstehenden Programmdebatte sein. Eine neue sozialdemokratische Idee braucht einen konsistenten Ordnungsrahmen für eine Globale Soziale Marktwirtschaft. Sozialdemokratische Grundsatzprogrammatik muss sich dieser Aufgabe stellen, oder sie wird ebenfalls von der Wucht des globalen Finanzkapitalismus weggespült.

Ein neues Grundsatzprogramm

Von Dr. Erhard Eppler

Quelle: <http://www.bawue.spd.de/index.php?docid=809&pdf=default>

I. Wer sich mit wem streitet, ist immer eine Nachricht. Daher interessieren sich Medien für Grundsatzprogramme nur, solange es sie noch nicht gibt. Sind sie einmal beschlossen, sind sie zu abstrakt, zu lang und zu langweilig. Auch tüchtige Journalisten haben auf meine Frage, ob sie denn das Berliner Grundsatzprogramm der SPD gelesen hätten, entweder ausweichend oder mit einem ehrlichen Nein geantwortet. Auflagesteigernd sind Personen, die sich in der Programmdiskussion „profilieren“. Auf dem Berliner SPD-Parteitag 1989 fiel es niemandem auf, daß Oskar Lafontaine, der dort das neue Programm vorstellen sollte, selbiges in eineinhalb Stunden weder erwähnte noch zitierte. Wichtig war nicht das Ergebnis einer fünfjährigen Debatte, sondern eine Person und ihre „Profilierung“.

Kein Wunder, daß die Beiträge aktiver Politiker oft mehr auf die Medien zielen als auf ein konsensfähiges Programm. Da sie damit rechnen können, daß niemand das gültige Programm kennt, läßt sich als neu oder gar umwälzend verkaufen, was längst im Programm steht.

Nirgendwo habe ich in den letzten Monaten einen Satz darüber gelesen, ob denn eine große Partei zu jeder beliebigen Zeit ein Grundsatzprogramm verabschieden kann oder ob es dazu günstige Zeitumstände, also den richtigen Zeitpunkt braucht. In den siebziger Jahren wäre die SPD dazu gänzlich unfähig gewesen. Zu tief war die Kluft zwischen Ökonomen und Ökologen, zwischen den 60 %, die mit (und wegen) Helmut Schmidt für die Atomenergie und den 40 %, die trotz Helmut Schmidt dagegen waren. Ein ganzes Jahrzehnt stiller, geduldiger Knochenarbeit in der Grundwertekommission mußte die Partei erst wieder zusammenführen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts liegt das Haupthindernis nicht mehr im unterschiedlichen Bewußtsein der Mitglieder, sondern in sehr verschiedenen und oft unerfüllbaren Erwartungen, die sie mit einem neuen Programm verbinden. Die einen, vor allem an der Basis, hoffen auf ein in sich geschlossenes, plausibles und überdies praktikables Gegenkonzept zum Neoliberalismus. Die anderen, zumal solche, die regieren müssen, haben gelernt, daß es

dies im nationalen Rahmen leider nicht gibt und neigen dazu, die Zwänge einer neoliberal geprägten und interpretierten Globalisierung in den Rang eines Grundsatzprogramms zu erheben. Aber auch dies geht nicht. Es könnte die Partei nicht nur zerreißen, sondern, was noch schlimmer ist, überflüssig machen. Der Ausweg, sich erst einmal eine ganz andere Globalisierung auszumalen und dann kleinlaut anzufügen, was bis dahin leider nötig sei, um im globalen Konkurrenzkampf der nationalen Standorte zu bestehen, müßte zu sehr an frühere Programme der Partei erinnern, besonders an das von Erfurt (1890), wo erst nicht ohne Pathos Untergang und Abschaffung des Kapitalismus beschworen und dann nüchtern aufgelistet wurde, was in diesem Kapitalismus für die soziale Sicherung zu tun war.

II. Die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts sind also für ein konsensfähiges Grundsatzprogramm nicht eben günstig. Um es persönlich zu sagen: Ich würde mir heute, anders als 1987, nicht zutrauen, einen Programmentwurf vorzulegen. Das hat nicht nur mit den nachlassenden Kräften des Alters zu tun. Der große Wurf ist nicht zu erwarten. Was einige jüngere Sozialdemokraten – darunter erfreulich viele Frauen – als „Impulse“ vorgelegt haben, ist es nicht, was Mitglieder der Grundwertekommission dagegen gesetzt haben, „die Akzente“, will es nicht sein. Vielleicht empfiehlt sich ein behutsames, sicher nicht medienwirksames Verfahren: Erst einmal das gültige Programm daraufhin durchzusehen, was bleiben kann, was leicht modifiziert, was gründlich verändert und vor allem, was weggelassen werden kann und was hinzugefügt werden muß. Denn bei aller Abneigung gegen Programme: Jede Gruppe der Gesellschaft wird genau registrieren, was sich in dem, was ihr wichtig ist, geändert hat. In den Kirchen weiß man, daß Politik mit Menschenbildern zu tun hat. Daher beruft sich die Union im Zweifelsfall immer auf ihr „christliches Menschenbild“, meist ohne genau zu sagen, was sie damit meint.

Nun hat die SPD in ihrem Berliner Programm zum erstenmal ihr Menschenbild skizziert. Auf Anregung eines katholischen Theologen knüpfte sie an die Einleitung zur UNO-Erklärung der Menschenrechte an:

„Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und wollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Wer die Sozialdemokratie des 19. Jahrhundert in Erinnerung hat, wird eine andere Passage nicht selbstverständlich finden: „Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Weil der Mensch offen ist und verschiedene Möglichkeiten in sich trägt, kommt es darauf an, in welchen Verhältnissen er lebt.“

Was die Sozialdemokraten zu ihrem Menschenbild sagen, ist präziser als die Formel vom „christlichen Menschenbild“. Und es enthält nichts, was einen Christen zum Widerspruch reizen müßte. Ob dies auch bei dem der Fall wäre, was die „Impulse“ als Menschenbild anbieten, ist fraglich. Nicht nur Lutheraner werden zum Beispiel fragen, warum der Schlußsatz im entsprechenden Kapitel des Berliner Programms gestrichen wurde: „Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit“. Ähnliche Fragen sind unvermeidbar, wo es um die Grundwerte geht, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Sie gehören zum Kernbestand sozialdemokratischen Denkens und Handelns. Darauf muß sich ein Mitglied auch mit 70 Jahren verlassen können, wenn es zwanzigjährig beigetreten ist. Nichts verwirrt mehr als mißverständliche Meinungen zur Neu-Interpretation der Grundwerte. Zu warnen wäre vor allem vor dem Versuch, die Freiheit als Grundwert erster, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte zweiter Klasse einzustufen, wie dies in den „Impulsen“ praktisch geschieht. Das wäre wirklich ein Traditionsbruch. Tagelange Diskussionen in der damaligen Programmkommission haben zu den Formulierungen geführt, die, mehr als die Grundwerte selbst – sie stehen auch im Programm der CDU -, ein Extrakt sozialdemokratischer Programmatik sind: „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn.“

Die Grundwerte konkurrieren nicht gegeneinander nach dem Motto: Je mehr Gerechtigkeit, desto weniger Freiheit – und umgekehrt -, Gerechtigkeit bedeutet gleiche,

realisierbare Freiheit, sie schafft Freiheit. Der Solidarpakt des Sozialstaats gefährdet nicht die Freiheit, für die allermeisten stützt und ermöglicht er erst freie Entscheidungen. Das wusste sogar schon Friedrich Naumann.

III. Trotzdem: Es hat sich vieles, je Entscheidendes verändert seit 1989. Die Globalisierung hat die Nationalstaaten vollends zu Standorten degradiert, die um die Investitionen eines global agierenden Kapitals konkurrieren. Dazu mußten die Staaten in einen Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern eintreten. In Deutschland hat sich der Anteil dieser Steuern am Gesamtsteueraufkommen seit 1970 halbiert, Tendenz weiter sinkend. Da man die Arbeitnehmer nicht beliebig stark belasten kann, fehlt den öffentlichen Händen, zumal den Kommunen, das Geld zum Nötigsten. War in den siebziger Jahren unbestritten, daß handlungsfähige Kommunen für eine hohe Lebensqualität unerläßlich sind, so muß auch die SPD zusehen, wie, während sie die Bundesregierung führt, Schwimmbäder, Kindergärten und Bibliotheken geschlossen werden.

Ohne daß wir es bemerkt hätten, hat sich die Grundfrage verschoben, mit der wir an Politik herangehen. Noch in den achtziger Jahren fragten wir: Wie wollen wir leben? Jetzt kreist alles um die Frage, wie wir zu leben haben, wenn wir uns im globalen Konkurrenzkampf behaupten wollen. Der Raum für Politik ist verdammt eng geworden. Sollen die Sozialdemokraten, die ihre Programme immer mit Zeitanalysen eingeleitet haben, dies erst einmal zugeben? Sollen sie konstatieren, daß sie in der Bildungspolitik früher um Bildungsziele gestritten haben, während sie jetzt, wie alle anderen, Bildung vor allem als Zurichtung für die Wirtschaft verstehen? Wenn man aber so das Programm einer linken Volkspartei nicht einleiten kann, soll die SPD dann die neuen Zwänge als Fortschritt deuten, als Nebenwirkung einer Globalisierung, die schließlich alle reich macht? Die Versuchung gibt es.

Soll die SPD also den Paradigmenwechsel ignorieren, sich an der Wirklichkeit vorbeidrücken und dann Forderungen stellen, etwa für die Kommunalpolitik, die sich nicht realisieren lassen? Oder soll sie die Zwänge der globalen Konkurrenz schönreden, so daß Genossen nachher fragen, warum, bei soviel Fortschritt, so wenig Gerechtigkeit und noch weniger Solidarität möglich sein soll? Beide

Versuche dürften unternommen werden. Und beide werden wahrscheinlich am Widerstand derer scheitern, die eingesehen haben, daß sich so kein Programm machen läßt.

VI. Blicke die Chance, über den Großraum nachzudenken, der allein den Rahmen für Politik trotz globalisierter Ökonomie bieten könnte, die Europäische Union: Wie schaffen es die Europäer, das eigene, der Europäischen Geschichte gemäße Sozialmodell zu schaffen und gegen Amerika und Ostasien zu behaupten? Dabei könnte die SPD an das anknüpfen, was der französische Sozialist Jacques Delors seit Jahren predigt. Damit ist schon gesagt, daß heute zwanzig gemeinsame Thesen der wichtigsten sozialdemokratischen Parteien Europas wichtiger wären als das beste nationale Grundsatzprogramm. Aber auch, daß ein solches nationales Programm Antworten darauf geben muß, was in Deutschland getan werden kann, um die Chance für ein europäisches Sozialmodell, ja für ein eigenständiges Europa offen zu halten. Dazu gehört dann auch, etwas über Rolle und Funktion des Staates zu sagen, jenseits der Staatsvergottung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, aber auch der Staatsverspottung an dessen Ende. Staat versteht sich nämlich nicht mehr von selbst. Nicht wenige Staaten in Afrika oder Zentralasien, bald vielleicht auch in Lateinamerika, gibt es nur noch auf dem Papier. Aber auch anderswo, sogar in den USA, erodiert das Gewaltmonopol, mit dem der moderne Staat entstand und mit dem er auch wieder abtreten müßte. Gewalt entstaatlicht, privatisiert sich weltweit, allerdings in unterschiedlichem Tempo. Zur See blüht die Piraterie. Warlords herrschen in Afrika und mit ihnen das Recht des Stärkeren. Wo in den Slums der Megastädte das organisierte Verbrechen die Ärmsten tyrannisiert, mauern sich die Reichen ein paar Kilometer weiter in „gated communities“ ein, lassen sich von Kompanien privat angeheuerter und finanzierter Wächter beschützen. Sicherheit wird zu einer Ware, ja zu einem Luxusgut, das nur noch wenige sich leisten können.

Bisher haben wir fast nur eine Form privatisierter Gewalt wahrgenommen: den

Terror. Dem haben die USA den Krieg erklärt, obwohl er doch die Antwort darauf ist, daß Krieg gegen den militärischen Apparat einer Weltmacht keinen Sinn mehr hat. Also muß jede neue Demonstration militärischer Unbesiegbarkeit die Terroristen in ihrer Überzeugung bestätigen, daß ihr Morden die einzige praktikierbare Form des Widerstandes ist. Daher gehörte keine Prophetengabe zu der Voraussage, daß der Irakkrieg den Terror nicht dämpfen, sondern mobilisieren würde. Wer weiterhin die Verbrecherjagd zum Krieg hochstilisiert und dann auch wirkliche Kriege als Verbrecherjagd inszenieren muß (siehe Irak), darf sich nicht wundern, wenn dies in einen Nahostkrieg globalen Ausmaßes ausartet: Auf der einen Seite die militärisch unschlagbare Armee eines hochmodernen Industriestaates, auf der anderen fanatische Selbstmordattentäter.

Die letzten Monate haben gezeigt, daß wir einem globalisierten Nahostkonflikt näher sind als einer Pax Americana. Die Amerikaner werden die Welt weder beherrschen noch befrieden. Die einen sind zu klug, um dies zu wollen, die anderen zu primitiv, um es zu können. Wer die Privatisierung der Gewalt, die Entstehung von Gewaltmärkten anstelle staatlicher Gewaltmonopole, die Degradierung der Sicherheit zur Ware, als ein großes Thema des 21. Jahrhunderts wahrnimmt, muß über den demokratischen Rechts- und Sozialstaat nachdenken, die einzige Methode, jede Gewalt, die private, die privatisierte und die staatliche, dem Recht zu unterwerfen. Wozu ist er nötig? Was muß er leisten? Was kann niemand ihm abnehmen? Wie wird er zukunftstauglich? Was müssen die Rechtsstaaten tun, wenn halbe Kontinente im Chaos privatisierter Gewalt versinken? Die „Akzente“ mit ihrer Theorie der „öffentlichen Güter“ (public goods) nähern sich diesen Fragen.

Ein Grundsatzprogramm, das sich dieser Aufgabe unterzieht, könnte im Jahr 2004 manchen verwundern. Eines, das daran vorbei geht, könnte schon im Jahr 2008 sehr alt aussehen.

zuletzt geändert: 13.02.2007

Antragsentwurf

Kapitel 4.1 Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

Von Frank Zimmermann/ Tempelhof-Schöneberg

Kapitel 4.1 Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung wird wie folgt geändert:

1. Im ersten Absatz werden im letzten Satz die Worte „und Europa“ gestrichen. Der letzte Satz lautet dann:
„Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland.“
2. Im zweiten Absatz werden im zweiten Satz die Worte „zum ersten Mal in ihrer Geschichte“ gestrichen. Der zweite Satz lautet dann:
„Die Menschheit kann zentrale Probleme nur noch gemeinsam lösen.“
3. In dem Unterkapitel „Umfassende Sicherheitspolitik“ erhält im siebenten Absatz der letzte Satz folgende Fassung:
„Auch zur internationalen Krisenbewältigung und Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur dann einsetzen, wenn andere Mittel nicht ausreichen.“
4. Unter der Unterüberschrift „Umfassende Sicherheitspolitik“ wird der letzte, achte Absatz dieses Unterkapitels ersatzlos gestrichen.
5. Unter der Unterüberschrift „Abrüstung und Nichtverbreitung“ wird nach dem letzten Absatz dieses Unterkapitels folgender neuer Absatz eingefügt:
„Wir setzen uns für die Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstungsausgaben im nationalen, europäischen und weltweiten Rahmen sowie für die Umlenkung von Rüstungsausgaben in Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz ein.“

Begründung:

Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland, aber nicht die einzige in Europa. Die Menschheit konnte auch früher Konflikte nur gemeinsam lösen und hat dies vereinzelt und mit Teilerfolgen auch schon getan (Atomwaffensperrvertrag; Einrichtung der internationalen Atomenergiebehörde u.a.).

Deutschland kommt bei der internationalen Krisenbewältigung zur Stabilisierung des Friedens eine gestiegene Verantwortung zu, die sich in der gegenwärtigen Beteiligung an UN-Mandaten ausdrückt. Das rechtfertigt aber nicht, im Grundsatzprogramm die Truppe für ihre „ausgezeichnete Arbeit“ zu loben, ihr „weltweit hohes Ansehen“ zu behaupten und die Soldaten als „Botschafter unseres Landes“ zu bezeichnen. Eine solche verharmlosende bis euphemistische Wortwahl wird den gefährlichen Kriegseinsätzen nicht gerecht. Sie vermittelt den Eindruck, als sei die Präsenz der Bundeswehr in allen Teilen der Welt eher eine Selbstverständlichkeit. Zudem folgt eine derartige Beschreibung aktueller Auslandseinsätze allzusehr tagespolitischen Einsichten, die sich schnell ändern können. Der gesamte achte Absatz ist daher ein Fremdkörper in der ansonsten differenzierten Darstellung der Sicherheitspolitik.

Das Ziel einer Umwidmung von Ausgaben für Rüstung in solche der Entwicklungszusammenarbeit, der Armutsbekämpfung und des Klimaschutzes ist – soweit ersichtlich – im Entwurf nicht vorgesehen, darf aber nicht fehlen. Die Reduzierung von Rüstungsausgaben kann dringend benötigte Mittel freisetzen, die im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz globale Konfliktursachen abzubauen helfen, bevor kriegerische Konflikte entstehen.

Mindestlohn/ Öffentlicher Beschäftigungssektor

Von Barbara Loth, GLV, Vors. Fachausschuss Wirtschaft/ Arbeit

I. Mindestlohn

Wo einfügen? „**Wir erneuern die soziale Marktwirtschaft**“ nicht wie im Bremer Entwurf: unter „Wachstum und Stabilität (Binnennachfrage stärken)“

Was ist zu ergänzen?

„Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Wer voll arbeitet, muss davon leben können. Deshalb wollen wir die flächendeckende Einführung von existenzsichernden Mindestlöhnen bei Stärkung der Tarifautonomie.

Vorrang hat dabei der branchenbezogene, tarifvertraglich ausgehandelte Mindestlohn, wobei Allgemeinverbindlicherklärungen erleichtert werden.

Für Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder diese nicht greifen, sowie für Branchen, in denen die Tarifentgelte ein bestimmtes Mindestniveau unterschreiten, wird ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn eingeführt.

Wir wollen dabei die Tarifparteien zur Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns und notwendiger Anpassungen beteiligen. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz soll auf alle Branchen ausgedehnt werden.“

II. Öffentlicher Beschäftigungssektor

Wo einfügen? Stelle und Text in Bremer Entwurf können bleiben, müssten nur ergänzt werden. So heißt es in dem Bremer Entwurf: „ **Politik für Vollbeschäftigung: Für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben, sind besondere Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit nötig.**

Was ist zu ergänzen?

„Dabei ist zu unterscheiden zwischen denjenigen, die nach Maßnahmen wie Ausbildung, Qualifizierung bzw. Aktivierung die Möglichkeit haben, einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Diese aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt vorrangig Bestandteil sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik. Auf der Basis des Grundsatzes „Fördern und fordern“ soll sie strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit abbauen bzw. vermeiden.

Wir wissen aber auch, dass es viele Menschen gibt, die trotz dieser Maßnahmen keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Für sie sind anders gestaltete Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit längerfristiger Perspektive nötig. Wir benötigen einen öffentlichen Beschäftigungssektor.“

Antragsentwurf

Kapitel 4.7 Bildungspolitik

Fachausschuss Stadt des Wissens

Stand: 10. April 2007 (Die Vorlage wird nach dem Grundsatzforum zur Bildungspolitik (24.4.07) ggf. überarbeitet und dann dem Landesparteitag zugeleitet.

Das Kapitel 4.7 wird vom Abschnitt „Bildung in der lernenden Gesellschaft“ bis zum Abschnitt „Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft“ ersetzt durch:

4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen wir eine besondere Verantwortung dafür, eine gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren. Die Chancengleichheit aller beim Zugang zur Bildung - unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter und Einkommen - ist eine Grundfrage sozialer Gerechtigkeit und Voraussetzung für die Entwicklung der Gesellschaft. Die Herausforderungen der demographischen Entwicklung, der zunehmenden Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs können wir nur meistern, wenn wir unser Bildungssystem weiter ausbauen und besser qualifizieren.

Bildung ist die entscheidende Grundlage für die zukünftige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus ist Bildung das Thema, über das sich die wichtigen sozialdemokratischen Werte Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit verwirklichen lassen und das Anknüpfungspunkte zu vielen anderen zentralen Bereichen unserer Politik, wie der sozialen Entwicklung, der Integrationspolitik oder Wirtschafts- und Technologiepolitik hat.

Unsere Gesellschaft braucht eine höhere Bildungsbeteiligung. Da Bildung mehr als Fachwissen ist, müssen Werte wie Toleranz, Demokratie, Gemeinschaft, Menschlichkeit vermittelt und erlebbar gemacht werden. Diese Werte müssen in der Familie sowie in der vorschulischen und schulischen Bildung vermittelt werden.

Wir wollen eine ganzheitliche Bildung. Sie richtet sich auf theoretisches Wissen, körperliche Fähigkeiten, soziale Kompetenzen und beruflich verwertbare Inhalte. Sie umfasst nicht minder die ästhetische Erfahrung, die ethische Reflexion und die Wertevermittlung. Um unsere offene Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung stärkt die Persönlichkeit. Starke Persönlichkeiten sind fähig zur Toleranz und respektieren andere Kulturen.

Internationale Vergleichsuntersuchungen haben Deutschland bescheinigt, dass sein Bildungssystem den Ansprüchen nicht mehr genügt. Bildung ist in Deutschland weiterhin eine Frage von Arm und Reich. Sozial gerecht ist dies nicht. Solidarität und Gerechtigkeit erfordern von der Gesellschaft, Kinder so früh und so umfassend wie möglich zu fordern und zu fördern.

Investitionen in qualifizierte und qualifizierende Bildung sind der einzige Weg zu einer gerechteren Gesellschaft, die Menschen integriert statt auszugrenzen. Investitionen in Bildung verzinsen sich nicht sofort, sie sind Investitionen in die Zukunft. Die SPD verfolgt damit auch die erklärten Ziele der Europäischen Union zur Innovationspolitik, zur Verbesserung der europäischen Innovationsfähigkeit und damit zu langfristig wirtschaftlicher Prosperität. Ohne die Investitionen in den Bildungs- und Ausbildungsbereich verlieren wir unsere Zukunftsfähigkeit.

Bildung für alle

Wir wollen den freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen. Eine gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis zum berufsbefähigenden Abschluss.

Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von der Herkunft für alle gleichermaßen zugänglich ist. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung müssen steigen. Sie müssen mit der wachsenden Bedeutung von Bildung Schritt halten.

Wir wollen eine umfassende konzeptionelle Reform und Neuordnung des Bildungssystems. Die Bildungszuständigkeit der Bundesländer verhindert die notwendigen Veränderungen. Daher wollen wir die Zuständigkeit für die Bildungspolitik auf die Bundesebene überführen.

Wir brauchen eine Kultur der zweiten, der dritten Chance. Wer im Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Möglichkeit haben, Bildungsabschlüsse gebührenfrei nachzuholen.

Wir brauchen bessere und breitere Bildung. Wir bekämpfen den Analphabetismus. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich moderner Medien bedienen zu können. Digitale Spaltungen in unserer Gesellschaft verhindern wir, indem der Umgang mit Computer und Internet in allen Bereichen von Bildung und Weiterbildung eingeübt wird. Mädchen und Frauen müssen daran gleichberechtigt beteiligt werden. Bessere Medienkompetenz schafft die Voraussetzung für einen bewussten und kritischen Umgang mit Medien.

Wer an Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen Wissen und Werte vermittelt, leistet eine herausragend wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer tragen große Verantwortung. Ihnen gebührt mehr Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen diese Berufe stärken. Wir wollen, dass die Ausbildung der Pädagogen und Pädagoginnen in enger Verbindung von Theorie und Praxis von der Erstausbildung bis zur Weiterbildung einheitlich gestaltet und vernetzt ist. Wir wollen die Ausbildung für den vorschulischen Bereich ebenfalls an die Hochschulen verlagern.

Wir müssen darauf achten, dass das Verhältnis zwischen Frauen und Männern unter den Lehrenden vom Kindergarten bis zur Hochschule ausgewogener wird. Nur so haben Jungen und Mädchen Leitbilder. Die Aus- und Weiterbildung muss verbessert werden.

Eltern spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine entscheidende Rolle. Wir wollen sie bei dieser Aufgabe unterstützen. Wo Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine ausreichende Entwicklung zu garantieren, müssen das Bildungssystem und eine wachsame Kinder- und Jugendhilfe alle Anstrengungen unternehmen, um jedem Kind gleiche Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Bildung von Anfang an

Die Förderung von Kindern beginnt für uns bei der gezielten Unterstützung von Schwangeren und Eltern. Die ersten Wochen und Jahre des Lebens sind entscheidend. An der Seite der Eltern sind Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Krankenschwestern und Krankenpfleger die ersten, die das Wohl und die Entwicklung des Kindes fördern. Wir wollen sie gut darauf vorbereiten.

Wir wollen den Bildungs- und Erziehungsauftrag von vorschulischen Einrichtungen stärken. Für uns sind Kinderkrippen und Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Bildungskette. Sie bieten eine professionelle Förderung aller Anlagen des Kindes, gleichen herkunftsbedingte Benachteiligungen früh aus und stützen die Gleichstellung von Jungen und Mädchen.

Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Dort finden Familien gute Beratung, verlässliche Hilfe im Alltag und Weiterbildungsangebote. Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung und der gesundheitlichen Entwicklung eines jeden Kindes gelten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Ab dem zweiten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf Betreuung geben.

Gemeinsam lernen

Wir wollen die eine, gebundene Ganztagschule für alle als Ort des Lernens, des sozialen Miteinanders und der mitmenschlichen Erfahrung. Von der ersten Klasse bis zum Mittleren Schulabschluss wird die eine Schule für alle zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen. In ihr bilden sich junge Menschen zu Persönlichkeiten aus, die selbstbestimmt ihre Lebensbiografie aus eigener Kraft gestalten.

Die eine Schule für alle ist sozial verankert. Sie bezieht Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen und Betriebe aus der Nachbarschaft ebenso ein wie Träger der freien Jugendhilfe.

Wir wollen eine Schule, in der es gelingt, den Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft aufzubrechen. Wir wollen Schülerinnen und Schüler so unterrichten, wie sie es persönlich brauchen. Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung verkörpern die zwei Seiten des Bildens. Wir streben für alle Schülerinnen und Schüler an, sie zum Übergang in eine berufliche Erstausbildung oder in die gymnasiale Oberstufe zu befähigen.

Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind. Wir wollen, dass Schulen selbständig arbeiten. Sie sollen ihre Kreativität und ihre Kompetenzen ungehindert entfalten können. Dazu gehören auch die Auswahl des Personals und ein selbst verwaltetes Schulbudget.

Die einzelne Schule ist für die Bildung ihrer Schülerinnen und Schüler verantwortlich; das anzustrebende Niveau wird durch verbindliche Mindeststandards bestimmt. Die Gemeinschaft stützt die Schule verlässlich aus und wacht über ihre Leistungsfähigkeit.

Die berufliche Ausbildung modernisieren

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für die persönliche Entwicklung, die Berufsausübung und für das lebenslange Lernen. Sie soll auch den Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen wie Hochschulen öffnen. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben teilzunehmen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Die besondere Rolle des Lernortes Betrieb gegenüber der Schule gilt bis heute in der Öffentlichkeit als Stärke des deutschen dualen Berufsbildungssystems. Als entscheidende Vorteile werden die Verbindung von theoretischem und praktischem Lernen wie auch die anschließenden Arbeitsplätze im Ausbildungsbetrieb hervorgehoben. Aber anhaltende Probleme bei der Bereitstellung eines ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebots, ein rasanter Strukturwandel der deutschen Wirtschaft hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft und die wachsende Internationalisierung des Arbeitsmarktes haben das deutsche Berufsbildungssystem in eine Strukturkrise gestürzt.

Wir wollen daher das System der Berufsausbildung weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Das Duale System deckt bereits heute nur noch einen Teil des gesamten Ausbildungsbedarfs. Es muss im Rahmen eines reformierten Systems zukunftssicher gemacht werden. Es soll dort erhalten und gefördert werden, wo es funktioniert. Daneben ist eine vollqualifizierende Ausbildung an berufsbildenden Schulen zu entwickeln. Schulische und andere Angebote und Teilabschlüsse müssen für eine Ausbildung voll anrechenbar sein. Daher soll die berufliche Bildung insgesamt an allen Lernorten modular gegliedert und zertifizierbar sein. Dadurch wird auch die Umgestaltung „unproduktiver Warteschleifen“ zu anrechnungsfähigen und abschlussbezogenen „Berufsbildungsketten“ möglich.

Die veränderten Bildungsanforderungen bedingen, dass die beruflichen und allgemeinen Bildungssysteme in einem Gesamtbildungssystem konzipiert und organisiert werden. Dazu muss grundsätzlich die Durchlässigkeit von beruflichen und allgemeinen Bildungsgängen durch verbindliche Anerkennungsregeln verbessert werden. Doppelqualifizierende Ausbildungsgänge sollen vermehrt eingerichtet werden (Berufsausbildung mit Hochschulreife).

Wir fördern die Initiativen der Europäischen Union zur Entwicklung von Verfahren, die die gegenseitige Anerkennung von Gesamt- und Teilabschlüssen von Bildungsgängen auch im Sekundarbereich erleichtern, wie es für Hochschulabschlüsse bereits erreicht wurde. Dies erhöht die Bildungs- und Berufsmobilität in Europa.

Die Qualität der beruflichen Bildung ist durch unabhängige nationale Evaluation sowie internationale Vergleichsstudien ebenso zu überprüfen wie bereits jetzt die Qualität der allgemeinen Bildung.

Berufsausbildung ist ebenso ein öffentliches Gut wie andere Ausbildungsgänge. Sie muss daher in gleicher Weise vom Staat garantiert werden. Aber auch die Wirtschaft muss bei veränderten und neuen Ausbildungswegen ihren Anteil leisten. Dazu gehört auch eine angemessene Beteiligung an den Ausbildungskosten.

Das Studium und die Forschung stärken

Hoch qualifizierte Arbeitskräfte, engagierte Studierende, herausragende Wissenschaftler/innen sowie die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und der übrigen Gesellschaft zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein innovatives Klima, das Fortschritt und Wohlstand ermöglicht. Deshalb müssen weit mehr Menschen in Deutschland einen Bildungsabschluss erwerben, der zum Hochschulstudium berechtigt. Dazu gehören auch Abschlüsse und Zugänge aus beruflichen Bildungsgängen. Wir wollen einen offenen und gebührenfreien Zugang zum Studium. Wir wollen den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Entschluss und Talent sollen entscheiden, nicht der soziale Hintergrund. Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung in unseren Hochschulen verbessern und die Zahl der Studienplätze erheblich ausbauen und dadurch dem internationalen Standard anpassen.

Wir bekennen uns zur Verantwortung des Staates für die Hochschulen. Er hat die Hochschulen zu finanzieren.

Hochschulen sollen als Körperschaften des öffentlichen Rechts so weit wie möglich autonom sein. Allen Mitgliedern der Hochschulen ist die demokratische Teilhabe an der Selbstverwaltung gesetzlich zu sichern. Die verfasste Studierendenschaft als rechtsfähige Teilkörperschaft ist sicherzustellen.

Die Personalstruktur an den Hochschulen soll sich wie die bereits erfolgte Reform des Studiums an der erhöhten Leistungserwartung und Betreuungsintensität orientieren. Wir wollen verlässliche Karrierewege von der Promotion über die Juniorprofessur bis zur Professur, eine frühe Selbständigkeit in Forschung und Lehre und den Abbau überkommener Hierarchien. Wir wollen, dass ausreichend hauptamtliches Personal die Aufgaben der Hochschulen wahrnimmt.

Forschung und Lehre bilden eine Einheit und werden in allen Studiengängen durch qualifizierte Professoren und Professorinnen gesichert. Die Lehre steht gleichberechtigt neben der Forschung und wird bei der Mittelverteilung und der Karriere entsprechend gewertet. Der Staat hat sicherzustellen, dass die Hochschulen insgesamt das gesamte Fächerspektrum anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden wie Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen müssen eng zusammenarbeiten. Auch die Kooperation mit der Wirtschaft muss ausgebaut werden, um vorhandenes Wissen gezielter zu nutzen.

Wir wollen einen finanziellen Ausgleich zwischen den Bundesländern, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und Anreize für den Ausbau von Studienplätzen zu geben.

Der Staat unterstützt das Studieren durch Zuschüsse, Darlehen und Stipendien, die zeitnah an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten anzupassen sind.

Wir wollen die internationale Erfahrung von Studierenden erhöhen und die Studienförderung darauf ausrichten. Die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland muss unbürokratisch erfolgen. Zugleich soll Deutschland offen und attraktiv für Studierende aus anderen Ländern sein. Dafür müssen auch Zugangsschranken abgebaut werden.

Antragsentwurf:

Internationale Finanzmärkte regulieren

Von Ulrike Sommer/ Abteilung Gatow/Kladow

Die SPD wird sich national sowie im Rahmen der G8/OECD sowie in der Europäischen Union für eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte einsetzen und somit wenigstens einige der Spielregeln wieder einführen, die eine soziale Marktwirtschaft in einer gerechten, solidarischen und menschlichen Gesellschaft ermöglichen. Unser Ziel ist es, auch in Zeiten der Globalisierung den Primat der Politik durchzusetzen. Dazu ist es nötig, die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken, die internationale Zusammenarbeit auszubauen, das Finanzkapital an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen und Regeln zu entwerfen, die internationale Finanzinvestitionen nicht verhindern, wohl aber dafür sorgen, dass sie den Volkswirtschaften nutzen und sie nicht auslaugen.

Deshalb fordern wir

1. die Einführung einer Börsenumsatzsteuer. In London, dem größten Finanzplatz in Europa, ist diese Steuer bereits obligatorisch, bringt dem Staat Milliarden-Einnahmen und beteiligt so das Finanzkapital an der Finanzierung des Gemeinwesens. Eine Börsenumsatzsteuer würde aber auch kurzfristige Kapitalbewegungen verteuern und zu einem langfristigen strategischen Engagement mit realistischen Renditevorstellungen ermutigen,
2. den Aufbau einer europäischen Rating-Agentur, um die Bewertung von Unternehmen nicht allein von den Erfordernissen des amerikanischen Marktes und den Shareholder-Value-Vorstellungen von Hedgefonds abhängig zu machen. So darf es nicht mehr passieren, dass die Kreditwürdigkeit deutscher Großkonzerne sinkt und sich deshalb die Finanzierung von Investitionen drastisch verteuert, weil diese Unternehmen Pensionssicherungsvereinbarungen abgeschlossen haben,
3. die Beschränkung der Stimmrechte von Aktionären, die sich nur kurzfristig in Unternehmen einkaufen. Stimmrechte sollen an eine Haltezeit gebunden werden, um auch in den Unternehmen wieder langfristige Entscheidungen zu ermöglichen,
4. ein Verbot, den Kaufpreis als Schulden auf das übernommene Unternehmen zu übertragen. Es geht der SPD nicht darum, Finanzinvestitionen in Deutschland zu verhindern. Es darf aber nicht mehr möglich sein, dass florierende Firmen mit millionenschweren Krediten belastet werden, um die Rückzahlung des kreditfinanzierten Kaufpreises den Belegschaften aufzubürden. Auf diese Weise sind in der Vergangenheit aus hoch profitablen verschuldete Firmen gemacht worden. Die Beschäftigten wurden in diesen Fällen gezwungen, mit Lohnkürzungen und Entlassungen für die Übernahme und überhöhte Renditevorstellungen der Investoren zu zahlen,
5. die Abschaffung der Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen beim Verkauf von Unternehmensbeteiligungen, da sich diese Steuerbefreiung als Fehler sowohl für die Staatsfinanzen, als auch für den Bestand von Unternehmen herausgestellt hat,
6. die Schaffung von Transparenz am Aktienmarkt einschließlich einer verstärkten Wettbewerbs- und Fusionskontrolle in Europa. Es muss offen gelegt werden, wer Aktien kauft, besitzt und was mit diesen Firmenanteilen geschieht,
7. die Abschaffung von Aktien-Optionsprogrammen für Manager, da sie nicht zur Stärkung ihres Verantwortungsgefühls für ihre Unternehmen und deren langfristiges Wohlergehen beigetragen haben. Vielmehr haben die Manager oft mit dem Abbau von Arbeitsplätzen für Steigerungen der Aktienkurse gesorgt und damit nur ihr eigenes Vermögen gemehrt,

Uns Sozialdemokraten ist bewusst, dass der Kampf gegen das negative Wirken internationaler Finanzinvestoren, der Hedgefonds und Rating-Agenturen nicht allein national geführt werden kann. Deshalb wird sich die SPD für eine Stärkung der Regulierungsmöglichkeiten internationaler Institutionen einsetzen, bei der auch der Wert der menschlichen Arbeit Ausgangspunkt und Maßstab ist. Die internationale Arbeitsorganisation, die Weltbank, die Welthandelsorganisationen und der Internationale Währungsfonds müssen zu Institutionen einer der sozialen Regulierung der Weltwirtschaft ausgebaut werden.

Antragsentwurf
Bereich Ökologie
Von Philipp Steinberg/ Abt. 13 Mitte

Änderungsanträge zum Bremer Entwurf:

Auf S. 14 („Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert“) wird nach Z. 31 eingefügt:

Wir wollen den Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung begegnen. Wir brauchen zur Lösung dieser Herausforderungen nicht weniger Staat, sondern einen aktiveren und intelligenteren, einen industriepolitisch denkenden Staat. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung und einen neuen Ansatz von Wirtschaftspolitik, nämlich eine ökologische Industriepolitik.

Auf s. 25 („Das soziale Europa“), nach Z. 16 wird folgender Absatz eingefügt:

Wir wollen ein Europa, das zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Unsere ökologischen Industrie- und Verbraucherpolitik ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung und muss im Sinne neuer Impulse für Wirtschaft, Beschäftigung, Forschung und Technologie auch auf europäischer Ebene vorangetrieben werden.

Auf S. 38 („Eine strategische und ökologische Industriepolitik“) wird nach Z. 40 eingefügt:

Bestandteil unserer ökologischen Industriepolitik sind auch regulatorische sowie marktbasierende Instrumente zur Eindämmung des Klimawandels sowie des andauernden Problems der Umweltzerstörung. Daneben wollen wir eine Politik, die Anreize für die Menschen setzt, sich umweltbewusst zu verhalten. Denn auch jeder Einzelne ist gefordert, die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung anzunehmen.

Auf S. 62 („Unser Werg“) wird nach Z. 17 eingefügt:

Wir sind die Partei der ökologischen Erneuerung. Wir wollen eine Gesellschaft, welche zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Unsere ökologische Industrie- und Verbraucherpolitik ist deswegen die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung.

Antragsentwurf

Zur Europapolitik

Vom Fachausschusses EU-Angelegenheiten

*Verabschiedet durch den Fachausschuss Europa
in seiner Sitzung am 27. März 2007 in Berlin.*

Der „Bremer Entwurf“ wird in den genannten Textstellen wie folgt geändert:

Kapitel 4 Unsere Ziele, unsere Politik

Kapitel 4.1 Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

S. 21, Tz 3 wird nach den Worten „...*Weltwirtschaftsordnung öffnen.*“ eingefügt:

Die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens für die internationalen Kapitalströme ist dabei besonders durch die EU voranzutreiben.

S. 21, Tz 16 wird nach den Worten „...*schließlich beenden.*“ eingefügt:

Die EU muss hierbei die Rolle einer Wegbereiterin übernehmen.

Kapitel 4.2 Das soziale und demokratische Europa

S. 22, Tz 16-17 vor den Worten „*Unsere Vorstellungen...*“ erhält durch Hinzufügung folgende Fassung:

Unser Leitbild ist eine politische Union im Sinne der „Vereinigten Staaten von Europa“. Für uns ist Europa eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum.

S. 22, Tz 25-26 vor den Worten „*Wir wollen ein tolerantes...*“ wird „, *wenn sie in Not geraten.*“ ersatzlos gestrichen.

S. 22, nach Tz 38 wird als neuer Absatz eingefügt:

Entsprechend den Beispielen der Euro-Zone und des Schengen-Abkommens ist das Voranschreiten einzelner Staatengruppen im Sinne des gemeinsamen Leitbildes zu ermöglichen. In keinem Fall darf die verstärkte Zusammenarbeit zu einer Spaltung der Gemeinschaft führen und der angestrebten föderalen Verfasstheit der EU zuwiderlaufen. Daher muss das Ziel der Regelungen der verstärkten Zusammenarbeit stets die Überführung in allgemeines Gemeinschaftsrecht sein.

Friedensmacht Europa

S. 22, nach Tz 52 wird als neuer Absatz eingefügt:

Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss vorrangig der zivilen Krisenprävention verpflichtet sein. Ebenso hat sich die militärische Krisenprävention am Leitbild einer europäischen Friedenspolitik zu orientieren.

S. 23, nach Tz 22 wird als neuer Absatz eingefügt:

Das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union bildet für uns die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte. Die Eröffnung weiterer Beitrittsperspektiven bedarf eines breiten Konsenses, in den auch die Bevölkerung einzubeziehen ist.

S. 23, nach Tz 41 wird als neuer Absatz eingefügt:

Die Sozialdemokratie lehnt eine Festung Europa ab. Als Wertegemeinschaft muss die Europäische Union auch der Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht werden, die außerhalb des Kontinents in schlechteren Umständen leben. Daher tritt die Sozialdemokratie neben entwicklungspolitischen Maßnahmen und einer europäischen Asylpolitik auch für eine europäische Einwanderungs- und Integrationspolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Das soziale Europa

S. 24, Tz 8-9 nach den Worten „...und weiterentwickeln.“ und vor den Worten „*Diese sollen faire...*“ erhält nach Streichung des Wortes Tz 9 „*Mindeststandards*“ folgende Fassung:

Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, sondern uns auf gemeinsame Standards

und Regeln verständigen.

S. 24, Tz 20 wird nach den Worten „...und ausbauen.“ eingefügt:

Die Gewerkschaften sind der Sozialdemokratie ein wichtiger und unersetzlicher Partner bei der Verwirklichung des sozialen Europas.

S. 24, Tz 23-27 nach den Worten „...ersetzt wird.“ und vor den Worten „Wer im europäischen...“ erhält nach Streichung der Wörter Tz 26 „ein Mindestmaß an“ folgende Fassung:

Damit dies vereinbart werden kann, fordern wir einen sozialen Stabilitätspakt. Hierzu schlagen wir Korridore für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vor. Diese gewährleisten eine angemessene soziale Sicherung und Investitionen in Bildung und Ausbildung.

S. 24, nach Tz 36 wird als neuer Absatz eingefügt:

Damit die EU ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und die Ausgabenverantwortung der EU-Gremien gestärkt wird, ist längerfristig eine eigene EU-Steuer sinnvoll. Die Aufkommensneutralität muss gewährleistet sein.

S. 24, Tz. 44 wird vor den Worten „Die Anhebung...“ eingefügt:

Der Erfolg des gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialmodells ist eng an die innere Kohärenz der EU geknüpft. Der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensverhältnisse muss daher weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden.

S. 25, nach Tz 16 wird als neuer Absatz eingefügt:

Wir wollen ein Europa, das zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Die Entwicklung einer ökologischen Industrie- und Verbraucherpolitik muss dabei als sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung auch auf europäischer Ebene vorangetrieben werden. Hierdurch entstehen Impulse für Wirtschaft, Beschäftigung, Forschung und Technologie.

S. 25, Tz 25-30 vor den Worten „Die europäische Zentralbank...“ erhält nach Streichung des Satzes Tz 29-30 „Darum plädieren wir für eine stärkere Koordinierung zwischen den Staaten die den Euro eingeführt haben.“ folgende Fassung:

Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern, Stabilität zu sichern und die soziale Dimension der EU in den Mitgliedsstaaten zu verwirklichen, brauchen wir verbindliche makroökonomische Zielvorgaben und eine darauf abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Geld und Sozialpolitik in der Europäischen Union.

Das demokratische Europa

S. 25, Tz 44-47 nach den Worten „...Demokratie zu bauen“ erhält nach Streichung des Satzes Tz 45-47 „Sie weist den Weg zu einer Exekutive der Europäischen Union, die durch das Parlament gewählt und kontrolliert wird.“ folgende Fassung:

Zur Verwirklichung unseres sozialdemokratischen Leitbildes einer politischen Union streben wir langfristig den Übergang vom heutigen Staatenverbund zur europäischen Föderation an. Eine wichtige Grundlage ist eine Europäische Verfassung. Die von uns erstrebte Demokratisierung der EU spiegelt sich in der Schaffung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung wider, die durch die bei gesamteuropäischen Wahlen legitimierte politische Kraft gestellt wird. Eine zweite Kammer sichert die Mitwirkung der Einzelstaaten.

S. 26, Tz 22-24 nach den Worten „...Kommunen und Regionen.“ erhält nach Streichung des Satzes „Die EU muss ihre föderalen und zwischenstaatlichen Ebenen demokratisch und transparent organisieren und sie darf nur dort eingreifen, wo eine europaweite Regelung notwendig ist.“ folgende Fassung:

Die EU muss die innere Ordnung der Mitgliedstaaten berücksichtigen.

S. 26, Tz 40 wird nach den Worten „...für Europa ein.“ eingefügt:

Die SPD will mit ihren europäischen Schwesterparteien mit einem einheitlichen Programm und gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten zu den Europawahlen

antreten.

Begründung:

Der aktuell vorliegende Bremer Programmentwurf setzt im Europakapitel einige mutige Akzente. Zu nennen sind insbesondere die Forderungen zur Einrichtung von Korridoren der Sozial- und Bildungsausgaben, zur stärkeren europäischen Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und zur Aufstellung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage und Mindestsätzen der Unternehmenssteuer.

Besser herauszuarbeiten sind jedoch die Konturen einer künftigen EU mit erweiterter sozial-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Kompetenz. Die detaillierten Reformvorhaben der vorliegenden Vorschläge spannen noch keinen Bogen zum eingangs gegebenen Versprechen eines Europas als zukunftssträchtiges Projekt, das Friedensmacht ist und zugleich ein spezifisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell darstellt. Die Aneinanderreihung einzelner Reformbausteine bedarf der Ergänzung durch eine visionäre Zukunftsperspektive. Welche europapolitische Gesamtkonzeption verfolgt die deutsche Sozialdemokratie auf lange Sicht?

Im Berliner Programm steht hierfür die alte, nicht weiter konkretisierte Forderung von 1925 zur Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“, die im aktuellen Programmentwurf zwar aufgegriffen wird, im Europakapitel aber inhaltlich angereichert werden sollte. Eingedenk einer notwendigen Balance zwischen konkreten Reformvorschlägen und perspektivischer Programmatik bei der Fixierung sozialdemokratischer Grundsätze, ist eine deutlichere Konturierung des Leitbildes der Europäischen Union als demokratische und soziale Wertegemeinschaft unabdingbar. Unser Anspruch muss es sein, der Partei und allen Bürgerinnen und Bürgern eine sozialdemokratische Aussicht auf die Zukunft der EU zu unterbreiten, auf die wir langfristig und mithilfe der vorgeschlagenen konkreten Mechanismen und Politiken hinarbeiten wollen. Die politische Union haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in über 50 Jahren europäischer Integration, trotz einiger gescheiterter Anläufe, nie aufgegeben. Indem wir die Gleichgewichtigkeit der sozialpolitischen und ökologischen Dimension neben dem Wettbewerbsprinzip der ökonomischen Integration fordern, kehrt diese Idee wieder. Seien wir couragiert und entwickeln die europäische Mehrebenendemokratie konsequent sozialdemokratisch weiter! Dem Aufzeigen des möglichen Gesamtdesigns der Verfasstheit unseres Kontinents, des Orientierung gebenden Leitbildes, kommt überragende Bedeutung zu, um die Bürgerinnen und Bürger neu von Europa zu überzeugen.

Im Kapitel 4.2 „Das soziale und demokratische Europa“ möchten wir folgende Punkte ergänzt wissen:

1. **Leitbild.** Die „Vereinigten Staaten von Europa“ des Heidelberger Programms von 1925 möchten wir als Leitbild einer politischen Union verwirklichen. Vom heutigen Staatenverbund ausgehend, wollen wir dazu die Europäische Union föderal weiterentwickeln. Als Basisprinzip hat die „Einheit in Vielfalt“ weiter Gültigkeit; ein europäischer Einheitsstaat wird ebenso abgelehnt wie ein loser Staatenbund. Perspektivisch verwirklicht ein institutionelles System aus Abgeordneten- und Länderkammer den demokratischen und föderalen Aufbau der EU als politische Einheit.
2. **Integrationsverlauf.** Die Perspektive der EU als eine riesige Friedens- und Freihandelszone ist aus sozialdemokratischer Sicht ungenügend. Die Ablehnung einer vertieften politischen Integration durch einzelne Staaten und Akteure wird respektiert, darf aber nicht zum Integrationsstillstand führen. Entsprechend den Beispielen der Euro-Zone und des Schengen-Abkommens ist das Voranschreiten einzelner Staatengruppen im Sinne des gemeinsamen Leitbildes zu ermöglichen. In keinem Fall darf die verstärkte Zusammenarbeit zu einer Spaltung der Gemeinschaft führen und der angestrebten föderalen Verfasstheit der EU zuwiderlaufen. Daher muss das Ziel der Regelungen der verstärkten Zusammenarbeit stets die Überführung in allgemeines Gemeinschaftsrecht sein.
3. **Regionen.** Bei der Weiterentwicklung der Kompetenzverteilung innerhalb einer europäischen Mehrebenendemokratie ist auf eine größere Berücksichtigung der Regionen Europas zu achten. Dabei sollen sie ihre Regelungskompetenzen im Rahmen ihrer Aufgaben wahrnehmen. Den Regionen kommt eine wichtige Rolle im Rahmen einer europäischen Demokratie zu; die jeweilige Gestaltung dieser Rolle obliegt jedoch aufgrund europäischer Vielfalt den Vorstellungen in den Mitgliedsstaaten.

4. **Grenzen.** Das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union bildet die Orientierungsgrundlage

für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte.

Die Entwicklung enger Partnerschaften im Rahmen einer europäischen Nachbarschaftspolitik darf nicht in einen Beitrittsautomatismus münden. Die Eröffnung von weiteren Beitrittsperspektiven über das bislang geplante Maß hinaus bedarf zudem eines breiten Konsenses innerhalb der europäischen Bevölkerung, die demokratisch in diesbezügliche Entscheidungen einzubinden ist.

5. **Wirtschafts- und Sozialmodell.** Zur Vollendung des gemeinsamen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraumes gehört auch eine verbindliche Verzahnung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken im Rahmen unseres Leitbildes, die über eine bloße Koordinierung hinausgeht. Parallel hierzu stellt die Korridorbildung für Sozialausgaben entsprechend der individuellen ökonomischen Entwicklungsniveaus der Mitgliedstaaten der EU den ersten Schritt zum Aufbau eines allgemeinverbindlichen sozialen Stabilitätspaktes dar. Hierin verpflichten sich die Mitgliedstaaten auf die Einrichtung gemeinsamer qualitativer Standards in der Gestaltung ihrer sozialen Sicherungssysteme, die mehr als nur ein Mindestschutz sein sollen. Der Erfolg des gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialmodells ist eng an die innere Kohärenz der EU geknüpft. Der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensverhältnisse muss daher weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Die Gewerkschaften sind der Sozialdemokratie ein wichtiger und unersetzlicher Partner bei der Verwirklichung des sozialen Europas.

6. **Migration.** Die Sozialdemokratie lehnt eine Festung Europa ab. Die Europäische Union muss aufgrund ihrer Werte und Überzeugungen auch der Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht werden, die außerhalb des Kontinents in schlechteren Umständen leben. Daher tritt die Sozialdemokratie neben einer europäischen Asyl- auch für eine europäische Einwanderungs- und Integrationspolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

7. **Ökologie.** Wir wollen ein Europa, das zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Die Entwicklung einer ökologischen Industrie- und Verbraucherpolitik muss dabei als sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung und im Sinne neuer Impulse für Wirtschaft, Beschäftigung, Forschung und Technologie vorangetrieben werden. Um globale ökologische Verbesserungen erreichen zu können, ist ein gesamteuropäisches Vorgehen unerlässlich.

8. **Sicherheits- und Verteidigungspolitik.** Eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion muss vorrangig dem Ziel der zivilen Krisenprävention verpflichtet sein. Ebenso hat sich die Ausgestaltung der militärischen Krisenprävention durch eine gemeinsame europäische Armee am Leitbild einer genuin europäischen Friedenspolitik zu orientieren.

9. **Einnahmen.** Damit die EU ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und die Ausgabenverantwortung der EU-Gremien gestärkt wird, ist auf lange Sicht eine eigene EU-Steuer sinnvoll. Die Aufkommensneutralität muss gewährleistet sein.

10. **Europäische Sozialdemokratie.** Neben dem Einsatz für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen

Grundsatzprogramms für Europa, will die SPD mit ihren europäischen Schwesterparteien mittelfristig mit einem einheitlichen Programm und gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten zu den Europawahlen antreten.

Im Kapitel 4.1 „Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung“ soll die EU besondere Erwähnung finden bei folgenden Themen:

11. **Internationale Kapitalströme.** Die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens für die internationalen Finanzmärkte muss besonders durch die EU vorangetrieben werden.

12. **Entwicklungspolitik.** Der EU kommt bei der Umsetzung größerer Gerechtigkeit im Welthandel die Rolle eines Wegbereiters zu.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll es auf Seite 16, Zeile 21/22 heißen:

„Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen.“ (Nicht:... von deutschem Boden...“)

Begründung:

Die Formulierung „von deutschem Boden“ stammt aus der Zeit vor dem Mauerfall, als es noch zwei deutsche Staaten auf deutschem Boden gab. Seit der Wiedervereinigung 1990 gibt es einen deutschen Staat, von dem kein Krieg mehr ausgehen soll.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll auf Seite 19, Zeile 26 – 34 der Absatz wie folgt formuliert werden:

„Die Bundeswehr leistet bei ihren internationalen Einsätzen ausgezeichnete Arbeit. Sie genießt aufgrund ihres professionellen Einsatzes weltweit zu Recht hohes Ansehen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen. Dazu bedarf es einer Rekrutierung, die auf Freiwilligkeit basiert. Nur durch kontinuierliche Weiterbildung, Spezialisierung, Absicherung der Lebensverhältnisse der militärisch Bediensteten und einer entsprechenden Ausrüstung können wir zukünftig die Potentiale der SoldatInnen optimal ausschöpfen und den Anforderungen an eine hochspezialisierte Einsatztruppe im Rahmen der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gerecht werden.“

Begründung:

Die Armeen der europäischen Nationalstaaten sollen noch enger zusammenwachsen. Ziel ist eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion. Ein erster notwendiger Schritt ist die Schaffung von Einheiten mit integrierten Kräften unter einem einheitlichen Kommando. Langfristig muss die Schaffung einer europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss, angestrebt werden. Dem Gefahrenpotential entstaatlichter Gewalt kann nur gemeinsam und durch hochspezialisierte Truppenteile begegnet werden. Nationale Unterschiede in der Qualifizierung und der Absicherung der Lebensverhältnisse der Soldatinnen behindern derzeit die Effizienz der europäischen Friedenspolitik.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll auf Seite 21 ab Zeile 4 ergänzt werden:

Die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens für die internationalen Kapitalströme ist dabei besonders durch die EU voranzutreiben.

Begründung:

Die EU als einer der größten Märkte, ist prädestiniert dafür, einen ordnungspolitischen Rahmen vorzugeben, durch den die internationalen Kapitalströme kontrolliert werden können.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll auf Seite 22 ab Zeile 15 ergänzt werden:

Unser Leitbild ist eine politische Union der „Vereinigten Staaten von Europa“.

Begründung:

Die europäische Vereinigung ist das vielversprechendste politische Projekt der Nachkriegszeit. Auch künftig bedarf es dazu einer verstärkten Integration, die regionale, ethnische und religiöse Besonderheiten respektiert und wahrt. Der Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“ impliziert eine stärkere Zusammengehörigkeit auf der politischen Ebene, einschließlich Kultur-, Verteidigungs- und Außenpolitik. Entsprechende Assoziationen sind auch durch die Ähnlichkeit mit dem Namen der Vereinigten Staaten von Amerika bedingt. Dadurch klingt auch der Gedanke an die Stärke eines solchen Staatenbundes an. Der Begriff spielt eine wichtige Rolle im gegenwärtigen Verfassungsdiskurs, da er die Tendenz zur stärkeren, auch politischen Einigung, ausdrückt, welche von grundlegender Bedeutung für die Akzeptanz oder Ablehnung einer europäischen Verfassung ist.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms wird auf Seite 22 ab Zeile 18 das Wort „Gerechtigkeit“ durch das Wort „**Gleichheit**“ ersetzt.

Begründung:

Auch wenn die Diskussion bzgl. der Begriffe „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ kontrovers geführt wird, ist die Verwendung des Begriffs „Gerechtigkeit“ in Bezug auf die Grundrechte der EU falsch. Die sechs großen Kapitel der „Charta der Grundrechte“ der EU lauten :

- 1) Würde des Menschen
- 2) Freiheiten
- 3) Gleichheit
- 4) Solidarität
- 5) Bürgerrechte
- 6) Justizielle Rechte

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll auf Seite 22 ab Zeile 52 ergänzt werden:

Eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion muss primär dem Ziel der zivilen Krisenprävention verpflichtet sein. Ebenso hat sich die Ausgestaltung der militärischen Krisenprävention am Leitbild einer europäischen Friedenspolitik zu orientieren.

Begründung:

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muß zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU) fortentwickelt werden, deren Fokus auf die zivile Krisenprävention gerichtet ist. Die EU hat sich von Beginn der ESVP an dafür eingesetzt, Krisen nach Möglichkeit vorzubeugen und nicht allein durch militärische Mittel zu beenden. Das zivile Planziel umfasst die Bereitstellung von Polizeikräften, Experten zum Aufbau funktionsfähiger Verwaltungen und Rechtsordnungen, geschulten Krisenbeobachtern sowie Katastrophenfachkräften. Diese zivile Ausrichtung soll auch zukünftig Leitbild einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion bleiben.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll auf Seite 23, Zeile 09 - 11 der Satz wie folgt lauten:

Hierzu muß Europa in den wichtigen internationalen Organisationen stimmberechtigt vertreten sein und mit einer Stimme sprechen.

Begründung:

Die Wendung „stimmberechtigt vertreten sein“ soll eingefügt werden, um deutlich zu machen, dass die EU als Institution gemeinsamer europäischer Interessen international etabliert wird. Eine Forderung der SPD ist z.B. die Vertretung der EU im UN Sicherheitsrat.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll der Absatz auf Seite 23 Zeile 24 - 28 ersetzt werden durch:

Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben. Für uns bildet das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte. Die Entwicklung enger Partnerschaften im Rahmen einer fortzuentwickelnden europäischen Nachbarschaftspolitik darf nicht in einen Beitrittsautomatismus münden. Die Eröffnung weiterer Beitrittsperspektiven bedarf eines breiten Konsenses, in den auch die Bevölkerung einzubeziehen ist.

Begründung:

Wie für jede Gemeinschaft ist auch für die EU die Aufnahme neuer Mitglieder eine Herausforderung. Um zu garantieren, dass der Beitritt eines Staates zur EU für beide Seiten vorteilhaft ist, gibt es ein festes Aufnahmeverfahren. Über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) kann der beitrittswillige Staat den Status „Kandidat“ erhalten, wenn er den Anforderungen in den Bereichen politische Stabilität, Demokratie, Reformen und Marktwirtschaft gerecht wird. Ein Beitritt ist dann von der Einhaltung der „Kopenhagener Kriterien“ abhängig. An diesem Verfahren soll auch in Zukunft festgehalten werden und darüber hinaus eine Bürgerbeteiligung an der Entscheidung, ob eine Beitrittsperspektive eröffnet wird, ermöglicht werden.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll der Absatz auf Seite 23, Zeile 30 - 35 **gestrichen** werden.

Begründung:

Die Integration der **Türkei** in die EU ist ein mittelfristiges Ziel, welches erreicht wird oder welches verworfen wird. In einem Grundsatzprogramm sollten ausschließlich Grundsätze und strategische Ausrichtungen verankert werden. Der im Grundsatzprogramm vorangestellte Absatz bzgl. der allgemeinen Erweiterungsperspektiven ist somit ausreichend.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll auf Seite 24 ab Zeile 36 ergänzt werden:

Damit die EU ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und die Ausgabenverantwortung der EU-Gremien gestärkt wird, ist eine aufkommensneutrale Eigenfinanzierung anzustreben.

Begründung:

Die Europäische Union hat nach gegenwärtiger Rechtslage keine Befugnis, eigene Steuern zu erheben, zu verwalten oder zu vereinnahmen. Im derzeitigen Finanzierungssystem wird

die Europäische Union hauptsächlich durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert. Zwar wird von "Eigenmitteln" der Gemeinschaft gesprochen, aber tatsächlich stellen die sogenannten "Traditionellen Eigenmittel" (Zölle, Agrarabschöpfungen) die einzigen wirklichen "eigenen" Einnahmen der EU dar. Die anderen Eigenmittelquellen (MWSt-Anteil; BSP-bezogener Beitrag) werden der EU aus den nationalen Haushalten der Mitgliedstaaten zugewiesen.

Insbesondere das Europäische Parlament, aber auch die Europäische Kommission und verschiedene Stimmen aus Politik und Wissenschaft sind jedoch der Auffassung, dass die Europäische Union eine eigene Einnahme in Form einer Steuer brauche, die unmittelbar bei den Steuersubjekten erhoben wird, also nicht mehr einen Beitrag aus den nationalen Haushalten darstellt, und über die das Europäische Parlament neben dem Rat mitentscheiden solle. Die Europäische Union müsse hinsichtlich ihrer Eigenmittel mehr den Steuerzahlern gegenüber verantwortlich als in zunehmendem Maße von den Beiträgen der Mitgliedstaaten abhängig sein. Als eine solche EU-Steuer komme eine in den Mitgliedstaaten schon bestehende direkte oder indirekte Steuer in Frage, deren Aufkommen für den Steuerbürger ersichtlich ganz oder teilweise der EU zuzuweisen ist.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms werden alle Formulierungen wie „europäisches Grundgesetz“ (Seite 23, Zeile 49) durch „**europäische Verfassung**“ ersetzt.

Begründung:

Dem Leser des Grundsatzprogramms wird an keiner Stelle deutlich gemacht, welche Unterschiede zwischen einem „europäischen Grundgesetz“ und einer „europäischen Verfassung“ gemacht werden. Der Konvent zur Zukunft Europas hat seiner Aufgabe entsprechend dem vom Europäischen Rat auf seiner Tagung in Laeken vom 14. und 15. Dezember 2001 erteilten Auftrag erfüllt und unterbreitete dem Präsidenten des Europäischen Rates einen Vertragsentwurf über eine Verfassung für Europa. Aus diesem Grund soll der Verfassungsbegriff einheitlich im Grundsatzprogramm der SPD verwandt werden.

Im Bremer Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms soll auf Seite 25 Zeile 30 - 33 der Satz wie folgt lauten:

Die Währungsstabilität des Euros ist ein Garant für Wachstum und Beschäftigung.

Begründung:

Wachstum und Beschäftigung sind maßgebliche Indikatoren makroökonomischer Ausrichtungen, diese dürfen aber nicht dazu führen, dass die Maastricht Kriterien aufgeweicht werden und somit der einheitliche Rahmen der EU-Finanzpolitik in Frage gestellt wird.

Füge ein S. 9, Zeile 26: “Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist ohne die Arbeiterbewegung nicht vorstellbar.“

Begründung: *Als einen Bruch mit einem wesentlichen Bestandteil sozialdemokratischen Selbstverständnisses empfinden wir die Darstellung der Ursprünge der Sozialdemokratie, im Rahmen dessen die Arbeiterbewegung nicht genannt wird. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist mit der Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch eng verwoben. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist ohne die Erkenntnis, die sie mit der Arbeiterbewegung verbindet, dass die Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ in einer bürgerlichen Demokratie nicht einfach so realisiert werden, sondern dass die Verwirklichung dieser Werte in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erkämpft werden müssen.*

Dem Demokratischen Sozialismus im Grundsatzprogramm seinen Platz geben

Ersetzen Seite 11, Zeile 14-19 durch:

“Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.“

Einfügen Seite 11, Zeile 39 nach "[...] eines Anderen verletzt." : “Freiheit ist für uns die Freiheit eines jeden, auch und gerade des Andersdenkenden. Freiheit für wenige wäre Privileg.“

Streichung Seite 12, Zeile 7-8 : "der Leistung"

Ersetze Seite 12, Zeile 8 „angemessene“ durch: „gerechte“

Einfügen Seite 12, Zeile 10 nach "[...]und respektiert werden." : “Dabei distanzieren wir uns von einem Leistungsbegriff im kapitalistischen Sinne. Das sozialdemokratische Verständnis von Leistung orientiert sich an einer Kombination aus solidarisch gesellschaftlichen Maßstäben und den individuellen Fähigkeiten eines Menschen.“

Ersetzen Seite 12, Zeile 34 "Die Soziale Demokratie" durch: “Der Demokratische Sozialismus“

Ersetzen Seite 12, Zeile 43 ab "Im Bewusstsein [...]" bis Zeile 51 "[...]eigenen Antworten." durch: “Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn. Diese Grundwerte zu verwirklichen und die

Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus. Sozialismus bedeutet das Streben nach einer besseren Weltordnung, in der jeder Mensch sich nach seinen Wünschen und Bedürfnissen entfalten kann. Maßstab für diese Weltordnung sind: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“

Begründung: *(wird nicht mitbeschlossen)*

Im Bremer Entwurf kommt der "demokratische Sozialismus" einmal vor, doch dies ist nicht der entscheidende Kritikpunkt, viel mehr wird der demokratische Sozialismus im neuen Entwurf lediglich als Bekenntnis zu unseren Wurzeln genannt. Das reicht uns nicht!

Der demokratische Sozialismus ist für uns immer noch Ziel unserer Politik für eine gerechte Welt und kein Altballast aus Babels Zeiten. Leere Phrasen und Lippenbekenntnisse reichen uns nicht, wir streben eine neue Gesellschaftsordnung nach Maßstab unserer Grundwerte an. Für uns ist der demokratische Sozialismus ein offen gestaltbarer Prozess, aber nicht beliebig nach aktueller Tagespolitik austauschbar. Die völlige Aufgabe dieser Weltanschauung ist für uns ein weiterer Schritt in Richtung neoliberaler und kapitalgelenkter Politik, die wir nicht wollen. Ein eindeutiges Bekenntnis im Grundsatzprogramm zum demokratischen Sozialismus ist für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstverständlich auch und gerade im 21. Jahrhundert.

Ersetze S.15, Zeile 33-34 „Deutsche Interessen“ durch: „Unsere Friedens Interessen“

Füge ein S. 19, Zeile 36: „Eine freiheitliche Gesellschaft setzt auf das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Verbunden mit diesem Ziel werden wir die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und den Weg in eine Armee von Berufs- und Zeitsoldaten beschreiten. Gleichzeitig werden wir den Ausbau von Freiwilligendiensten in sozialen, ökologischen und weiteren Bereichen stärken, um jedem jungen Menschen, Mädchen wie Jungen, die Chance zu geben, soziales Engagement zu erlernen.“

Begründung: *Die mangelnde Wehrgerechtigkeit legitimiert die Aufrechterhaltung nicht mehr. Die Wehrpflicht ist keinesfalls Garant für eine demokratische Verankerung der Bundeswehr. Die sicherheitspolitische Notwendigkeit, die das Grundgesetz für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht vorschreibt, ist nicht mehr ersichtlich. Eine Gesellschaft, die auf zivilgesellschaftliches Engagement und Solidarität setzt, hat keinen Platz für die Wehrpflicht.*

Streichung Seite 19, Zeile 12-13: „der Einsatz dem deutschen Interesse nicht widerspricht“

Ersetze Seite 33, Zeile 46-49 durch: „Wir bekennen uns zum humanistischen Erbe Europas, zu den Werten der Aufklärung und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens und des Glaubens.“

Streichung Seite 39, Zeile 38-40: „Öffentlich-Private-Partnerschaften können ein Instrument sein, um nötige öffentliche Infrastrukturaufgaben zu realisieren.“

Einfügen Seite 52, Zeile 28 nach „[...] individuellen Förderung verbinden.“: „Deshalb fordern wir die Ganztags- und Gemeinschaftsschule als alleinige Schulform.“

Einfügen Seite 52, Zeile 40: „Autonomie erfordert Demokratie bzw. demokratische Beteiligungsmöglichkeiten bei Entscheidungsverfahren. Die Autonomie von Einrichtungen innerhalb der Bildungskette muss dort begrenzt werden, wo sie durch wirtschaftlichen Wettbewerb gesellschaftliche Ziele bedroht.“

Ersetze Seite 53, Zeile 2-3 „Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen.“ durch: „Wir sind der festen Überzeugung, dass ein solidarisches Finanzierungsmodell einer Umlage nötig ist, um für die Gesellschaftlich wichtige Aufgabe der beruflichen Bildung ausreichend sorgen zu können.“

Einfügen Seite 53, Zeile 26: „Aus diesem Grund lehnen wir jegliche Form von Studiengebühren kategorisch ab.“

Einfügen Seite 53, Zeile 48: „Wir wollen das BAföG ausbauen und regelmäßig den gestiegenen Lebenshaltungskosten anpassen.“

Einfügen Seite 54, Zeile 20: „Bei der Neuordnung der beruflichen Weiterbildung darf nicht nur die Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter gefordert werden. Die Wirtschaft muss hier in die Verantwortung genommen werden.“

Anmerkungen:

Neues Parteiprogramm muss sozialdemokratisches Profil schärfen **Von Günther Schulze**

Wozu brauchen Parteien Programme, wenn die, die in ihrem Namen regieren, sich doch nicht darum scheren? Gerhard Schröder wäre nie auf die Idee gekommen, ins geltende Grundsatzprogramm zu schauen, wenn es um die Konzeption seiner Reformpolitik ging. Seine neoliberale Agenda 2010 war somit auch weit von der Programmatik unserer Partei entfernt. Politik, wie Gerhard Schröder sie verstand, ging auch ohne SPD-Programm. Mehr schlecht als recht, wie wir mittlerweile wissen.

Dabei gibt es in der SPD eine Programm-Kommission, die schon seit vielen Jahren über ein neues Grundsatzprogramm nachdenkt. Die umfangreiche Vorarbeit, die von dieser Kommission geleistet wurde, spiegelt die allmähliche Rückbesinnung angesichts des Scheiterns neoliberaler Politik der entfesselten Märkte wieder. Die Leitsätze, die Kurt Beck dazu im vergangenen Jahr vorgestellt hat, gründen sich auf diese Vorarbeiten.

Nach dem Scheitern der Schröderschen Basta-Politik hat auch die Mehrheit der führenden Sozialdemokraten begriffen, dass es ohne engagierte und informierte Mitglieder nicht geht. Die Diskussion um ein neues Partei-Programm sollte dabei zum einen für die innerparteiliche Willensbildung genutzt werden und zum andern die prekäre sozialdemokratische Identität festigen. Das Letztere ist in der aktuellen Situation der

Großen Koalition besonders wichtig. Wenn die SPD in dieser Konstellation als eigenständige politische Kraft erkennbar bleiben will, ist sie gezwungen, ihr programmatisches Profil zu schärfen.

Kurt Beck hat dies klar ausgesprochen und er hat zudem den Mut, wieder zu sagen, dass sozialdemokratische Politik nicht zu machen ist, wenn der Staat sich finanzpolitisch selbst entmachtet. Uns allen sollte endlich klar sein, dass Tony Blair und seine „new labour“ als Vorbild ausgedient haben und sich der Blick beispielsweise eher auf unsere Genossinnen und Genossen in Skandinavien konzentrieren sollte.

So gesehen ist es für unsere Partei gut, dass die Beschlussfassung über ein neues Grundsatzprogramm immer wieder verschoben wurde. Wenn nun, wie vorgesehen, ein Bundesparteitag im kommenden Herbst ein entsprechendes Programm für die Zukunft beschließen sollte, wird dieses auf jeden Fall sozialdemokratischer aussehen, als wenn es noch unter Gerhard Schröder zustande gekommen wäre. Es wird, davon ist auszugehen, dem Staat eine aktivere Rolle in der Arbeitsmarktpolitik zusprechen, in der Bildungspolitik erfolgreicheren Nationen über die Schulter schauen und eine aktivere Sozialpolitik skizzieren, die vor allem auf Vorbeugung setzt statt auf Sanktionen.

Günther Schulze, Mitglied im SPD-Kreisvorstand Steglitz-Zehlendorf